



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr.16 Juni/4 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Aus dem Kontaktbericht Nr. 810, vom 14. Juni 2022

**Gespräch zwischen Quinto und Billy,
wie auch Zeitungsartikel, die Medien durch Lügenberichte zugunsten Selensky und der Ukraine verbreiten, wie auch Berichte, die sich auf die heimlichen Machenschaften der USA beziehen.**

Bericht der Feststellungen Quintos, dem plejarischen Beobachter politischer Vorkommnisse

Gesprächsbeginn:

Billy Aha – wenn ich mich richtig erinnere, befasst du dich mit Politik und so, oder?

Quinto Ja, das ist richtig, und ich bin beauftragt, mich um das Kriegsgeschehen zu bemühen, das unerfreulicherweise zwischen Russland und der Ukraine stattfindet.

Billy ... Dein Herkommen ist aber, wir würden hier sagen, beruflich bedingt, denn du beschäftigst dich ja mit Politik usw. Dann hast sicher auch du schon einiges herausgefunden?

Quinto Das ist wirklich kein Geheimnis, und ich denke, dass du ebenfalls gewisse Feststellungen gemacht hast, die ähnlich oder gleich wie die meinen sind. Die Zuständigen der Staatsführungen der verschiedenen Staaten, die verschiedenste Waffen für die Kriegsführung in die Ukraine liefern, sind nicht der Logik und dem Verstand sowie der Vernunft zugetan, sondern sie sind der Wirklichkeitsblindheit verfallen. Diese Tatsache weist eindeutig auf, dass diese Staatsführenden unfähig ihres Amtes sind und nicht realisieren, dass sie von diesem Mann, der Selensky genannt wird und die Präsidentschaft und Macht im Staat Ukraine innehat, irregeführt werden. Zudem habe ich ebenfalls eindeutig festgestellt, dass er alle jene Zuständigen der Staatsführung diverser Staaten durch seine Schauspielleistung beherrscht und für seine persönlichen Zwecke benutzt, die diesem machtbesessenen Mann von Wichtigkeit sind und die einhergehen mit hinterhältigen Einflüsterungen des Staates USA. Die von dem Tun und den Lügen des Mannes Selensky voreingenommenen Staatsführenden verschiedener Staaten sind des Denkens und folglich der Beurteilung seiner Person und seiner wirklichen Absichten nicht fähig, weshalb sie auch nicht erfassen können, dass der Mann eigentlich in deren Staaten die Führung übernommen hat und die ihm hörigen Staatsführenden nach seinem Willen lenkt. Dieser Mann Selensky lenkt unbestreitbar nach seinen Absichten die Staatsführungen der diversen Staaten, ohne dass diese Staatsvorstehenden dies realisieren, folglich alles nach seinen hintergründigen Anstrengungen geschieht und er die geforderten Waffen erhält und seine ebenso hinterhältigen Pläne verwirklichen kann. Durch sein Tun werden noch sehr viele Menschen sterben und Zerstörungen angerichtet, was dem Mann aber keinen Kummer bereitet. Es werden zudem auch jene Pläne verwirklicht, die heimlich von den Staatsführenden der USA – und nebst diesen weiter im Hintergrund – vorgegeben werden. Alle jene Staatsführungen der diversen Staaten jedoch, die Waffen und sonstiges Kriegsmaterial an die Ukraine resp. an diesen Mann Selensky liefern, sind effektiv bezüglich Menschenbeurteilung derart von Wirklichkeitsblindheit befallen, dass sie nicht zu erkennen vermögen, dass sie bezüglich der Entscheidung des Waffenlieferns nicht mehr selbst darüber beschliessen, sondern dies der Mann Selensky tut. Die eigentlichen Zuständigen der waffenliefernden Staatsführungen der diversen Staaten sind also nicht mehr die wirklich Entscheidenden und Führenden, sondern es ist ohne jegliche Zweifel dieser Mann Selensky und zudem auch hinterhältig die USA. Besonders habe ich festgestellt, dass in Deutschland das Einmischen von dem Mann Selensky dazu geführt hat, dass er nebst der regulären Führungsmacht wahrheitlich diejenige Kraft ist, die bezüglich der regulären zuständigen Staatsführungskräfte das bestimmt, was sein soll bezüglich der Waffenlieferungen dieses Staates an die Ukraine. Wahrheitlich hat er durch sein bestimmendes Wirken Zwietracht in die Gedanken der Staatsführenden eingebracht, folglich eine Uneinigkeit daraus hervorgegangen ist, die Unfrieden in ihren Reihen schafft. Dies wirkt für diesen Mann Selensky vorteilig, was er durch seine verlogene Bettelei zu verdecken vermag, nämlich dass er nach seinem Willen und zu seinen und der USA Gunsten die Staatsführenden lenken und den Krieg so lange fortführen kann, wie es ihm und den USA gefällt.

Billy Von dieser Sicht habe ich zwar das Ganze schon mehrmals durch meine Gedanken gehen lassen, wobei ich aber dachte, dass die Regierenden der verschiedenen Länder sich auch einmal darum Gedanken machen und dadurch gescheitert werden würden. Jetzt jedoch erscheint mir alles so logisch, was du sagst. Das verstehe ich eigentlich erst jetzt vollends, da du es sagst und ich das ganze Getue dieses Selensky genauer aus dieser Sicht betrachte. Da kommt mir aber auch die Schweiz in den Sinn, wo sozusagen die Neutralität kriminell zur Sau gemacht wurde, weil verantwortungslose Elemente, allen voran offenbar der Bundesrat selbst, von der EU-Diktatur Sanktionen gegen Russland übernommen und angewandt haben.

Quinto Das ist mir auch bekannt, und durch dieses unbedachte, unvernünftige und verantwortungslose Tun ist jetzt der Staat Schweiz nicht mehr neutral, denn die Neutralität wurde durch dieses Handeln nicht nur verletzt, sondern aufgehoben und nichtig gemacht. Neutralität lässt nämlich in keiner Weise etwas zu, was nicht absolut konform mit dieser ist, wie z.B. Sanktionen, die zwingend in die Ordnung eines anderen Staates eingreifen.

Billy Das verstehe ich auch so, denn nach meinem Verständnis lässt Neutralität überhaupt nichts zu, was, in diesem Fall rein politisch gesehen, die Ordnung, Sicherheit, die Politik oder die Gesetze usw. eines anderen Staates betrifft. Das einzige, was die Neutralität erlaubt, ist das, dass eine Ratgebung erfolgen darf, doch auch nur dann, wenn dies von der betreffenden Seite oder Partei usw. gewünscht wird. Neutralität jedoch gilt in jedem Bereich des Lebens, in jeder Gemeinschaft, in der Politik und all überall. Wir in der Schweiz haben ganz offensichtlich Leute in der Bundesregierung sowie im Nationalrat und im Ständerat, die nicht gebildet genug und zudem zu dumm und dämlich sind, um zu wissen und zu verstehen, was Neutralität tatsächlich ist, was sie bedeutet und welchen Wert sie hat, und zwar nicht nur aus politischer, sondern auch aus privater Sicht. Da gibt es wahrlich keinen Unterschied, denn Neutralität bleibt sich immer gleich, denn Neutralität oder neutral (von lateinisch «ne-utrum» = «keines von beiden» übernommen) bedeutet absolute Ausgewogenheit, wie auch Geschlechtslosigkeit, Unparteilichkeit, Ungeladensein usw. Neutralität wurde von der Schweiz hauptsächlich für die internationale Politik und für eine unpartei-

ische Haltung im Konfliktfall fremder Staaten erschaffen, und zwar erst beim Wiener Kongress am 20. November 1815; dies, obwohl schon 1647 einmal von Neutralität die Rede war. Die dauernd gültige Neutralität bot der Schweiz seit der Bundesgründung 1848 eine besondere völkerrechtliche Stellung in bezug auf deren Sicherheit und die Aussenpolitik, was als dauernde rechtliche Dimension im Völkerrecht anerkannt wurde. Diese Neutralität wurde nun jedoch völlig zur Sau gemacht, indem die Schweiz die von der EU-Diktatur veranlassten Sanktionen gegen Russland übernommen und zur Anwendung gebracht hat, was bedeutet, dass nicht nur der Neutralitäts-Vertrag verletzt, sondern die Neutralität der Schweiz zur Sau gemacht wurde. Demzufolge können die Fehlbaren des Bundesrates, des Nationalrates und des Ständerates alles des begangenen Neutralitätsbruches so drehen und winden wie sie wollen, doch auch mit ihren verlogenen dumm-dämlichen «Erklärungen», dass die Neutralität Sanktionen erlaube, können sie die Verletzung der Neutralität nicht rückgängig und ungeschehen machen. Dies auch nicht mit der Lüge, dass die Schweiz mit ihrem bösen, gemeinen, ungerechtfertigten und die Neutralität brechenden Handeln die Arbeit einer Entspannung und Gutes als «Brückenbauer» getan und etwas für den Frieden, die Gerechtigkeit und die Freiheit vermittelt habe. Das Ganze mit den übernommenen und gegen Russland losgelassenen Sanktionen hat wirklich nichts zu tun mit einer Chance für die Friedensförderung, Neutralität und Sicherheitspolitik, wie dumm-dämliche Politiker in Bern behaupten, ja gar unverschämt daherlügen, weil sie wirklich derart blöd, ungebildet und unfähig sind, zu wissen und zu verstehen, was Neutralität wirklich ist. Das zerstörende Handeln jener Schuldigen des Bundesrates, des Nationalrates und des Ständerates, die dumm und dämlich, wie auch offenbar ohne genügende Bildung, ohne Verstand und ohne Vernunft sind, hat durch ihr unbedachtes Handeln der Sanktionenübernahme und Sanktionenanwendung nicht nur die Neutralität der Schweiz verletzt, sondern damit auch den Staat angreifbar gemacht, was sich in der kommenden Zukunft noch rächen wird.

Billy ...

Quinto Es ist mir das unverständlich, dass in der Schweiz Personen die Staatsführung innehaben, die nicht wissen sollen, was explizit die Werte der Neutralität sind und dass diese durch die Übernahme und Anwendung von Sanktionen verletzt wird. Es scheint mir, dass du mit dem Gesagten wirklich eine schwerwiegende Verletzung der Neutralität ansprichst, die von den schweizerischen Staatsführenden begangen wurde?

Billy ...

Quinto Das, was du sagtest, ist mir unverständlich, denn eine Neutralität kann nicht nach Lust und Laune einfach verletzt und abgeändert werden. Neutralität ist ein fester und unabänderlicher Fakt, der auf keine Art und Weise geändert werden kann und nichts zulässt, das irgendwie Schaden hervorruft. Dies besonders nicht in politischer Hinsicht der Schweiz, denn wie du sagtest, wurde von der Schweiz ein politisch-internationaler Vertrag der Neutralität unterzeichnet und beschlossen, folglich dieser seine Gültigkeit hat und in jedem Fall mit keinem Jota geändert oder umgangen werden darf. Eine wahre Neutralität lässt dies niemals zu.

Billy Das ist mir klar, aber einem Teil der Regierenden in Bern nicht, wobei eben Teile des Bundesrates, des Nationalrates und des Ständerates ihre schmutzigen Finger, falschen Gedanken, ihr Unwissen und ihre mangelnde Bildung im Spiel hatten.

Quinto Es ist mir unverständlich, dass solche Personen als zuständige Staatsführungskräfte in solcherart Ämter gesetzt werden, was effektiv nicht sein dürfte.

Britischer Journalist kehrt aus der Westukraine zurück: «Es ist voller Nazis.»

uncut-news.ch, Juni 10, 2022

Die grossen Medien berichten einseitig über den Konflikt in der Ukraine, und Neonazis werden hofiert. Dies sagte Steve Sweeney, Herausgeber der britischen Zeitung «Morning Star».

Sweeney ist vor kurzem aus der Stadt Lviv nahe der polnischen Grenze zurückgekehrt. Er beschloss, dies zu überprüfen, da die Mainstream-Medien alle dasselbe schreiben. Sie folgen der Regierungslinie und der NATO-Linie, sagte er.

Der Journalist sagte, dass Lemberg voller Faschisten, Nazis und Söldner sei und dass Leute in Armeeuniformen einfach den Bus oder Zug von Polen in die Ukraine nehmen. Sie sagen, dass sie «kommen, um Russen

zu töten» und werden mit offenen Armen empfangen. Für sie wird ein roter Teppich ausgerollt, sie bekommen Schulterklopfen und werden wie Helden behandelt, so Sweeney.



Er selbst wurde von den ukrainischen Behörden ganz anders behandelt. Sie fragten ihn, was er dort mache, sagten ihm, er sei ein Spion und würde verhaftet und gefoltert werden. Sie hätten mich vielleicht sogar töten können, sagte Sweeney, der schnell wieder eine Kehrtwende machte.

In den Medien wird behauptet, dass das Asowsche Bataillon keinen Einfluss in der Ukraine hat oder dass es sich um Nationalisten handelt, die nicht verstanden werden. Er bezeichnete die BBC-Berichterstattung über dieses Bataillon als «eine Meisterklasse im Leugnen des Faschismus».

Quelle: <https://uncutnews.ch/britischer-journalist-kehrt-aus-der-westukraine-zurueck-es-ist-voller-nazis/>

Gesendet: Freitag, 10. Juni 2022 um 12:12 Uhr

Von: "Stefan Anderl"

An:

Betreff: Neutrality and Peace

[English Translation below]

Sehr geehrte Damen und Herren EU-Abgeordnete,
bezüglich des Konfliktes zwischen den meisten EU-Länderregierungen und der Ukraineregierung mit Russland gilt zu beachten:

Frieden kann erst entstehen und der Krieg in der Ukraine kann nur dann deeskalieren, wenn Sie sich als Verantwortliche Ihrer geopolitischen Lage bewusst werden und Neutralität ausüben. Neutralität ist der Schlüssel, damit Sie sich aus den Fängen, von den Einflussnahmen, Erpressungen und Konflikten von Grossmächten, seien es die USA oder Russland, befreien.

Doch was bedeutet Neutralität?

Definition 1:

«Neutralität bedeutet: Sich unter allen Umständen und in jedem Fall immer aus allem und jedem herauszuhalten, was fremdbestimmt ist. Eine Einmischung darf nur dann erfolgen, und zwar absolut nur in schlichtender Ratgebung sowie vermittelnder Art und Weise, wenn die einen oder anderen Kontrahenten dies wünschen. Mehr liegt bei einer Neutralität nicht drin, folgedem diese unter allen Umständen bis zum Schlusspunkt politisch oder privat vollumfänglich sowie absolut eingehalten werden muss, wie auch jede Beteiligung irgendwelcher Massnahmenformen usw. fremder Politik und Privat niemals zur Übernahme und Anwendung berechtigen.»

Quelle: https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_806.pdf#page=3

Definition 2:

«Neutralität in bezug auf einen neutralen Staat umfasst politisch nicht nur das Militärische, sondern alles, so auch alles und jedes in wirtschaftlicher Hinsicht, und zwar ohne WENN und ABER. Neutralität umfasst alles und jedes derart, dass in jedem Fall nichts anders erfolgt, als eine klare Sachbeurteilung gegebener Fakten. Dies bedarf aber einer klaren Nüchternheit der Beobachtung und Wahrnehmung, gemäss deren dann das Resultat ein unabdingbares Moment von kritischem Denken abgibt, demgemäss eine gerechte Beurteilung erfolgt, resp. eine sachgemässe, richtige und gerechte Beurteilung der gegebenen Fakten, die auch eine nachträgliche völlig neutrale Handlungs- und Verhaltensweise bedingt, folge deren jede Form von Parteilichkeit ausgeschlossen ist. Dabei jedoch ist schon das Notwendige getan, nämlich dass Klarheit herrscht darüber, was des Rechtens und was des Unrechens ist, was dann nur durch das Wort der Wahrheit gemäss vertreten werden und unter Umständen – bei Streit oder Krieg usw. – der einen und/oder anderen Partei unparteiisch zu erklären versucht werden kann. Mehr aber darf nicht sein, denn das würde die Neutralität verletzen und nichtig machen, weil nämlich – insbesondere politisch – Neutralität in jeder Beziehung Gültigkeit hat und keinerlei Abweichungen irgendwelcher Art erlaubt.

(...)

Wenn ein Mensch oder Land neutral ist, bedeutet das, dass sich der Mensch oder das Land, und zwar egal welcher politischen Art es auch ist, nicht in Kriege und andere Angelegenheiten anderer Länder einmischt, und

zwar auch nicht in wirtschaftliche usw., und natürlich sich an Aktionen jeder Art gegen kriegsführende andere Länder nicht beteiligt. Und dies ist von alters her so, und dies allein bedeutet Neutralität, die einer Meinungs-Nüchternheit, Objektivität, Unparteilichkeit sowie Sachlichkeit in jeder Beziehung entspricht. Das bedeutet, dass auch keine Sanktionen usw. gegen andere Staaten ergriffen werden dürfen, und zwar ganz gleich, ob diese einen Krieg führen oder anderweitige Handel mit anderen Staaten haben oder nicht. Es bedeutet aber auch für den einzelnen Menschen, dass nicht irgendwelche Lügen, Beschimpfungen und Betrügereien gegen den Nächsten erhoben, Gewalt jeder Art ausgeübt und Schaden oder Zerstörung usw. angerichtet werden soll.»

Quelle: https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_799.pdf#page=14

Somit obliegt Ihnen als Verantwortliche die Aufgabe, Fakten und Geschehnisse nur objektiv zu erkennen und zu beurteilen, ob sie falsch oder richtig sind. Diese Tatsachen und Beurteilungen dürfen Sie den Regierungen erklären, solange eine der Regierungen dies so will.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Anderl

84032 Altdorf

Deutschland

[English Translation]

Ladies and Gentlemen of the European Parliament,

With regard to the conflict between most EU governments and the Ukrainian government with Russia, it is important to bear in mind:

Peace can only come about and the war in Ukraine can only de-escalate if you, as those responsible, become aware of your geopolitical blackmail situation and exercise neutrality. Neutrality is the key to freeing yourself clutches, from the influence, and conflicts of great powers, be it the U.S.A. or Russia.

But what does neutrality mean?

Definition 1:

"Neutrality means: to always keep out of anything and everything that is externally determined under all circumstances and in all cases. Interference may only take place, and absolutely only in a conciliatory advisory and mediatory manner, if one or other of the opposing parties so desires. More is not possible with neutrality, which must be fully and absolutely adhered to under all circumstances, politically or privately, up to the final point, as well as any participation in any form of measures, etc., of foreign politics and the private sector, never entitle them to be adopted and applied."

Source: https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_806.pdf#page=3

Definition 2:

"Neutrality in relation to a neutral state includes politically not only the military, but everything, so also everything and anything in economic terms, and that without IF and BUT. Neutrality encompasses everything and anything in such a way that in every case nothing else takes place than a clear factual assessment of given facts. This, however, requires a clear soberness of observation and perception, according to which the result then provides an indispensable moment of critical thinking, according to which a just judgement takes place, respectively a proper, correct and just judgement of the given facts, which also requires a subsequent completely neutral way of acting and behaving, as a result of which any form of partiality is excluded. However, the necessary has already been done, namely that there is clarity about what is right and what is wrong, which can then only be represented by the word of truth and possibly - in the case of dispute or war etc. - be tried to explain impartially to one and/or the other party. More, however, is not allowed, because that would violate neutrality and make it null and void, because - especially politically - neutrality is valid in every respect and does not allow any deviations of any kind.

(...)

If a person or a country is neutral, this means that the person or the country, regardless of its political nature, does not interfere in wars and other affairs of other countries, including economic ones, etc., and of course does not take part in actions of any kind against warring other countries. And this has been the case from time immemorial, and this alone means neutrality, which corresponds to soberness of opinion, objectivity, impartiality as well as objectivity in every respect. This also means that no sanctions etc. may be taken against other states, regardless of whether or not they are waging war or have other dealings with other states. However, it also means for the individual that no lies, insults and deceit should be levied against one's neighbour, violence of any kind should be exercised and damage or destruction etc. should be caused."

Source: https://www.figu.org/ch/files/downloads/kontaktberichte/figu_kontaktbericht_799.pdf#page=14

Thus, it is incumbent upon you, as the person in charge, to recognise facts and events only objectively and to judge whether they are wrong or right. You may explain these facts and assessments to the governments as long as one of the governments so wishes.

With kind regards,
Stefan Anderl
84032 Altdorf
Germany

Offensichtlich sind die E-Post-Nachrichten angekommen, da ich einige automatische Rückantworten (z.B. Abwesenheit) von einigen EU-Abgeordneten erhielt.

Salome, Lieber Gruss
Stefan

Feinste Kriegspropaganda vom Staatsfunker ZDF

12. Juni 2022 Peter A. Weber Krieg, Medien, Meinung 19

Eigentlich wollte ich über ein anderes Thema schreiben. Aber dieses ZDF-Interview, das mir aktuell zugespielt wurde, mit einem ausgesprochenen Kriegstreiber und transatlantischen Handlanger – Dr. Christian Mölling – hat mich auf den Plan gebracht. Wie kann es sein, dass ein öffentlich-rechtlicher Sender, der mit der Aufgabe betraut ist, unabhängige Informationen zu liefern, ohne Widerworte einem Vertreter der kriegesrischen Eskalation den Raum bietet, seine widerwärtigen Thesen zu verbreiten?



Das ZDF hat sich mal wieder profiliert mit seinem Expertenteam um Jan Schneider aus dem ZDFheute Check-Team. ZDFheute interviewte am 11.6.2022 einen ausgesprochenen Kriegsexperten unter der Überschrift:

«Kämpfe in der Ostukraine: Gewinnt Russland den Krieg jetzt doch?»

Sein Name ist Dr. Christian Mölling. Bevor ich auf seine Aussagen eingehe, präsentiere ich seinen Hintergrund:

Dr. Christian Mölling ist seit Februar 2017 stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er beschäftigt sich unter anderem mit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von EU und Nato. Seine Fachgebiete sind:

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Militärische Fähigkeiten

Rüstungsindustrie

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, NATO

Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands und anderer grösserer europäischer Länder

Damit hat er sich schon ausreichend qualifiziert als Lobbyist der USA/NATO und der Rüstungsindustrie.

Doch nun in medias res: Die nachstehend geäußerte Grundauffassung von Mölling ist symptomatisch für seine unversöhnliche Gesinnung, mit der er sich als Falke und militärischer Säbelrassler entlarvt:

ZDFheute: Wie realistisch ist eine Verhandlungslösung?

Mölling: «Beide Seiten haben sich dazu entschlossen, nichts anderes als militärische Mittel einzusetzen. Der Krieg endet erst, wenn die Schlacht entschieden ist. Es würde auch nicht reichen, wenn eine Kriegspartei sagen würde, sie möchte verhandeln. Solange die Gegenseite der Ansicht ist, dass sie mit militärischen Mitteln mehr erreichen kann, wird es nicht dazu kommen. Deswegen sind einseitige Forderungen nach Verhandlungen, so wie sie bei uns zurzeit geäußert werden, nicht realistisch, da sie mit den Interessen der Akteure und der Lage vor Ort nichts zu tun haben.»

Meine Meinung: Völlig falsch: Es haben sich nicht beide Seiten entschlossen, nur militärische Mittel einzusetzen. Russland hat seit Jahren Verhandlungen vorgeschlagen, die vom Westen ignoriert wurden. Wer sich in solch abwegige Vorstellungen versteigt, der beweist doch, dass er nur Unfrieden im Sinn hat. Es ist doch pervers, Forderungen nach Verhandlungen einseitig und nicht realistisch zu nennen. Noch schizophrener wird es, wenn Mölling unterstellt, dass dies nichts mit den Interessen der Menschen vor Ort zu tun hätte. Das genaue Gegenteil ist der Fall, denn das ist präzise das ureigenste Anliegen der Bevölkerung. Was Mölling als «Akteure» bezeichnet, das weiss er nur selbst.

Besonders abenteuerlich und aus den Fingern gesogen ist diese Beurteilung von Mölling:

Mölling: «In dieser Woche hat Wladimir Putin ja auch nochmal deutlich gemacht, was seine Vision ist, als er angedeutet hat, Gebiete, die früher mal Russisch waren, zurückholen zu wollen. Das betrifft dann zum Beispiel das Baltikum: Litauen, Lettland, Estland. Damit hat er schon einen möglichen nächsten Krieg angekündigt.»

Meine Meinung: Ist Mölling mit seiner falschen Interpretation Putins nicht völlig irre? Die baltischen Staaten hat er nicht einmal erwähnt. Was hätte Russland von einer Okkupation der lächerlichen und völlig überschätzten baltischen Staaten für einen Vorteil? Glaubt der geistig verwirrte Herr Mölling, dass Russland und Putin so bescheuert sind, dass sie deswegen die NATO angreifen würden? Die Phantasterei, dass Putin damit einen nächsten Krieg angekündigt hätte, reicht zur Einweisung in die Klappe.

Aber die historischen bis ins Mittelalter zurückreichenden kulturellen Gemeinsamkeiten mit der Ukraine sind belegbar. Kiew war im frühen Mittelalter die erste Hauptstadt des russischen Reiches und wird heute noch als Mutter aller russischen Städte bezeichnet. Wollen das der Amateurchistoriker Mölling und der Geschichtsklitterer Selenskyj bestreiten?

ZDFheute: Was passiert, wenn der Donbass eingenommen ist?

Mölling: «Aktuell finden die Kämpfe im Donbass in flachem Gelände statt, ohne viele Optionen, Verteidigungsstellungen aufzubauen.» und: «Die russische Artillerie schiebt einfach einen «Vernichtungs-Korridor» vor sich her und zerschiesst alles, was da ist. Das ist langsam, aber aus Sicht Moskaus hat man offenbar Zeit.»

Meine Meinung: Der Kerl hat wohl schlecht geschlafen und hat apokalyptische Vorstellungen. Die Russen sind doch nicht so bekloppt, dass sie ihre zukünftigen Existenzgrundlagen zerbomben. Sie sind doch keine Amis, die auf Vernichtungskriege programmiert sind und wie in Vietnam einen Suizid veranstalten. Oder wie die westlichen Alliierten im 2. Weltkrieg deutsche Städte und die Bevölkerung systematisch zerbomben.

Mölling: «Sobald der Donbass eingenommen ist, verändert sich die Lage: Dann treffen die russischen Truppen auf Städte, die schon seit 2014 stark befestigt wurden – quasi wie Festungen ausgebaut. Da werden die Russen wahrscheinlich nicht mehr so leicht weiterkommen. Und die Ukraine hofft, dass bis es so weit ist, in höherer Zahl westliche Waffensysteme angekommen sind – möglicherweise auch Lenkflugkörper. Wenn die in ausreichender Zahl da sind, kann man die russische Artillerie dezimieren. Und dann könnte sich das Blatt nochmal wenden.»

Meine Meinung: Auch diese utopistischen Träumereien eines sog. Forschungsdirektors entbehren jeglicher realistischen Grundlage. Selbst ich als interessierter Laie weiss, dass Russland ausser der Befreiung der südöstlichen Gebiete der Ukraine und gerechtfertigten Sicherheitsgarantien keinerlei Ansprüche verfolgt. Die Ukraine wird aus eigenen Anstrengungen und Möglichkeiten noch nicht einmal in der Lage sein, die maroden Restprovinzen zu sanieren und kann froh sein, wenn sie irgendwie überlebt.

ZDFheute: Welche Bedeutung hat der Krieg für Europa?

Mölling: «Bis es so weit ist, wird es im Donbass selbst vermutlich zu einem Partisanenkrieg der Bevölkerung gegen die Besatzer kommen. Das wird die nächste grosse Debatte, inwiefern der Westen auch bereit ist, diesen zu unterstützen.»

Meine Meinung: Die Frage ist doch, wer die Besatzer sind. Sie ist dahingehend bereits seit 2014 geklärt – nämlich die Staatsterroristen aus Kiew. Sie haben 14'000 Menschen im Donbass ermordet. Die Republiken Luhansk und Donezk haben sich bereits aufgrund eines Referendums gegen Kiew und zugunsten Moskaus entschieden. Wer nicht total geistig entgleist ist, dem dürfte klar sein, dass die Bevölkerung dort eindeutig auf der Seite Russlands steht. Selenskyi sollte sich in Acht nehmen, dass er nach der Götterdämmerung nicht am Kreuz endet – aber auf dem Kopf!

Mölling: «Die Ukraine verteidigt in dem Krieg nicht nur ihre territoriale und politische Integrität. Sie verteidigt auch das Völkerrecht und – das ist das wichtigste – sie verteidigt auch unsere Sicherheit: Jeder russische Panzer, der da gerade zerschossen wird, mit dem haben wir keine Probleme mehr, den können wir von der Rechnung nehmen.»

Meine Meinung: Welche territoriale und politische Integrität oder welches Völkerrecht meint der Lobbyist? Die Ukraine verfügt über keinerlei Integrität – sie ist eine lupenreine Autokratie, die von Korruption beherrscht wird. Und welche Sicherheit hat der demokratische Utopist Mölling im Sinn? Doch wohl nur die Sicherheit des Profits der Rüstungsindustrie. Es ist völlig logisch, dass dieser skrupellose Waffenverkäufer für jeden zerschossenen russischen Panzer einen westlichen mit Profitgier auf der Rechnung hat. Wenn man dieser Logik folgt, dann muss man sich übergeben!

Quellen:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/sieg-russland-ukraine-krieg-100.html>

https://dgap.org/sites/default/files/cv-christian-moelling_2019.pdf

Quelle: <https://qpress.de/2022/06/12/feinste-kriegspropaganda-vom-staatsfunker-zdf/>

Eine neue Generation von in den USA ausgebildeten Extremisten kämpft gegen Russland

uncut-news.ch, Juni 12, 2022

US-Behörden haben direkt und indirekt Nazis und Ultranationalisten im In- und Ausland ausgebildet und befähigt, die Russen in der Ukraine zu bekämpfen. Dieses Programm folgt der Blaupause, die von westlichen Geheimdiensten in Afghanistan und Syrien erstellt wurde.

Ab 1978 (nicht 1979, wie viele glauben) beschloss die Regierung von Jimmy Carter, «die Russen in die afghanische Falle zu locken», wie es der nationale Sicherheitsberater des Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, ausdrückte. Die US-Geheimdienste forderten ihre britischen Kollegen auf, Netze von afghanischen Kämpfern zu aktivieren. Neue Generationen von Extremisten schlossen sich dem Kampf an. Hilfe, Waffen und Ausbildung strömten nach Afghanistan. Nach der sowjetischen Invasion im Dezember 1979 nahm die Unterstützung zu.



Von T.J. Coles: Er ist Postdoktorand am Cognition Institute der Universität Plymouth und Autor mehrerer Bücher, zuletzt von *We'll Tell You What to Think: Wikipedia, Propaganda and the Making of Liberal Consensus*.

In den 1980er Jahren wurden Zehntausende von Dschihadisten aus Dutzenden von Ländern mit muslimischer Mehrheit in die USA, nach Grossbritannien und Pakistan geflogen, um dort von der CIA, den Green Berets, den US-Marines und dem britischen SAS und MI6 ausgebildet zu werden. Die ausländischen Extremisten benannten sich später in «Al-Qaida» um und verübten eine Reihe spektakulärer, blutiger Anschläge auf strategisch wichtige Ziele, die als Rechtfertigung für einen globalen «Krieg gegen den Terror» dienten, der auch heute noch als ideologischer Deckmantel für die US-Hegemonie dient.

Die milliarden schwere CIA-Operation zur Bewaffnung und Ausbildung der so genannten Freiheitskämpfer oder afghanischen Mudschaheddin wurde als Operation Cyclone bekannt. In den 2010er Jahren wiederholten die aufeinanderfolgenden Regierungen das Muster und starteten die Operation Timber Sycamore in einem gescheiterten Versuch, Bashar al-Assad in Syrien zu stürzen, und davor die Operation Mermaid Dawn in einem erfolgreichen Versuch, Muammar Gaddafi zu entfernen und Libyen zu destabilisieren.

Heute bilden die CIA, US-Spezialeinheiten und andere Regierungsstellen reguläre Einheiten in der Ukraine aus. Mit Unterstützung der USA werden rechtsextreme Elemente dieser Einheiten für paramilitärische Einheiten und Banden der Nazis ausgebildet und rekrutiert. Weisse nationalistische Amerikaner dürfen in die Ukraine reisen und paramilitärische Einheiten ausbilden und/oder eine Ausbildung erhalten, je nach Person oder Gruppe. Staatliche Konzernmedien haben die Existenz eines grossen CIA-Ausbildungsprogramms für «irreguläre» (d. h. terroristische) Kriegsführung bestätigt, aber wir kennen den Namen der Operation noch nicht.

Wie Alex Rubinstein für «The Grayzone» berichtete, haben die US-Medien bekannte weisse Nationalisten, die in der Ukraine kämpfen, als Helden dargestellt, während sie ihre Akte von Mord und politischer Gewalt beschönigten. Und während das Heimatschutzministerium seine «Besorgnis» über mögliche Rückschläge zum Ausdruck bringt, wenn diese offen faschistischen Kampfveteranen in die USA zurückkehren, scheint die Regierung von Joseph Biden nichts zu unternehmen, um sie davon abzuhalten, sich auf den Weg zum Schlachtfeld zu machen.

Das US-Programm in der Ukraine weist so auffällige Ähnlichkeiten mit der Operation Cyclone auf, dass man es als «Cyclone 2.0» bezeichnen könnte. Die frühere US-Aussenministerin Hillary Clinton hat den Charakter des Stellvertreterkriegs fast schon zugegeben, und Präsident Joe Biden hat das Ziel eines Regimewechsels im atomar bewaffneten Russland bestätigt.

Bei der Verfolgung dieser Ziele gehen die amerikanischen und britischen Eliten ein nukleares Risiko ein. Wie sogar das Heimatschutzministerium gewarnt hat, könnte ihre Ermächtigung von Neonazis ein neues Kapitel im «Krieg gegen den Terror» aufschlagen, in dem die Zivilbevölkerung unter Rückschlägen durch kampfproben Extremisten zu leiden haben wird – man stelle sich einen «Buffalo Shooter» mit fortgeschrittener taktischer Ausbildung vor. Millionen von Menschen werden von den Behörden als potenzielle weisse Rassisten, Ultrationalisten und Nazis betrachtet werden. Und unter dem Vorwand, den weissen Extremismus zu bekämpfen, könnte eine neue Phase der totalen Überwachung und der ausländischen «Intervention» im Kaukasus und im Baltikum beginnen.

Die Rattenlinie in die Ukraine unter dem Deckmantel der freiwilligen Gemeinnützigkeit

Der ehemalige US-Marine Benjamin Busch, der Ex-Infanterieoffizier Adrian Bonenberger und der Irak-Kriegsveteran Matt Gallagher reisten nach Lemberg in der Westukraine, um Dutzende von Personen auszubilden, die von US-Medien als ukrainische Zivilisten bezeichnet werden. Gallagher enthüllte, dass Agenten des US-Geheimdienstes die Reise unterstützten. Grenz- und Justizbehörden behinderten Ausreise und Rückkehr nicht.

«Ich habe mich an einige Freunde gewandt, die in verschiedenen Regierungsstellen arbeiten, und sie nicht in irgendeiner offiziellen Funktion um Erlaubnis gebeten», erklärte Gallagher, «sondern wollte nur wissen, ob es irgendwelche Konsequenzen geben könnte. Die fast durchgängige Antwort darauf war: Solange sie (die Leute, die er ausbildet) echte Bürger sind, solange es um Selbstverteidigung geht, solange es sich nicht um eine verdeckte militärische oder paramilitärische Operation handelt, ist alles in Ordnung. Einige Absolventen der Wake Forest (Universität in North Carolina), deren Namen ich nicht nennen möchte, weil sie für Onkel Sam arbeiten, waren sehr hilfreich beim Sammeln von Informationen.»

Operationen dieser Art legten den Grundstein für ein Massenprogramm von «Freiwilligen». Die Schaffung einer internationalen Freiwilligentruppe spiegelt die Interessen des Asow-Bataillons wider – der paramilitärischen Einheit mit Nazi-Bezug, die mehrere Namensänderungen (z. B. Asow-Bewegung, Asow-Regiment) durchlaufen hat, angeblich entnazifiziert und in reguläre ukrainische bewaffnete Einheiten integriert worden sein soll. In Wirklichkeit wird der politische Flügel der Asow-Bewegung, das Nationale Korps (früher Patrioten der Ukraine), von westlichen Experten und sogar vom US-Justizministerium als neonazistisch bezeichnet.

Im Februar 2018 erklärte Asow auf Discord: «(Wir) werden die Fremdenlegion innerhalb der nächsten 18 Monate oder so aufstellen.» Die junge Führerin des Nationalen Korps, Olena Semenyaka, beschuldigte die ukrainische Regierung, ihre Bemühungen zu blockieren: «Wir hoffen, dass wir eine Fremdenlegion aufstellen können. Dort könnten wir laut und deutlich verkünden, wenn wir Freiwillige suchen.» Wenn die rechtsextreme ukrainische Marionettenregierung zu nachgiebig war, brauchte sich die Asow-Führung keine Sorgen zu machen, denn Uncle Sam war zur Stelle, um die Gründung einer internationalen Freiwilligenliga zu erleichtern.

Die Volunteers for Ukraine (VFU), die sich selbst als 501(C)3 Non-Profit-Organisation bezeichnet (auf der IRS-Website sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels keine Angaben zu finden), hat keine offensichtlichen Verbindungen zu Asow. Sie wurde im Februar 2022 als «United Peacekeepers for Ukraine» gegründet. Die ursprüngliche Website war eine Erweiterung der Website der Internationalen Legion der Ukraine des ukrainischen Aussenministeriums.

Die für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Mitarbeiter hinter der Website waren offenbar der Meinung, dass der zurückhaltende Name der Organisation («Peacekeepers») antirussische Kämpfer nicht dazu ermutigen würde, sich freiwillig zu melden, und änderten ihn daher in «Volunteers for Ukraine». Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels sind auf der VFU-Website Bilder von Demonstranten zu sehen, die Schilder mit Aufschriften wie «Tötet Putin...» und «Putin = Hitler» halten – eine ziemlich deutliche Abkehr von der Friedenssicherung. Auf der neuen Website findet man Namen und Gesichter der Organisation, darunter den erklärten Gründer David Ribardo, einen ehemaligen US-Infanterieoffizier und Afghanistan-Kriegsveteranen. Trotz der Bilder und der jüngsten Verweise auf den Kampf behauptet Ribardo, VFU sei eine «humanitäre Hilfsorganisation».

Chief Operations Officer von VFU ist der Kriegsveteran Phillip Chatham, ein ehemaliger Leiter diplomatischer Sicherheitsmissionen für zahlreiche US-Gesetzgeber. «Als In-Country Operations Manager unterhielt er Einrichtungsfreigaben bei mehreren Geheimdiensten», heisst es auf der Website. Die Organisation wird auch von zahlreichen Veteranen und PR-Spezialisten geleitet. Ein anderer Veteran, «Seth», der auf CNN für VFU warb, beschrieb die Arbeit mit Flüchtlingen in Polen dank «einiger sehr grosszügiger Spenden von einigen Sponsoren».

Dies gibt Aufschluss darüber, wie solche Operationen ablaufen: Anonyme Grossspender betreiben in den Nachbarländern Veteranen-Pipelines zur Ukraine. Ribardo sagt, dass es zu seinen Aufgaben gehört, Freiwillige zu überprüfen, um Phantasten, «Kampftouristen» und Extremisten auszusortieren und sicherzustellen, dass sich nur gut ausgebildete US-Veteranen melden.

Die Zahl der Veteranen, die sich freiwillig gemeldet haben, wird nicht veröffentlicht, aber Ribardo sagt, dass die Zahlen so hoch sind wie nie zuvor (seit dem Zweiten Weltkrieg).

**Extremisten und Beschleunigungsfanatiker:
«Wir werden eine Menge Leichensäcke nach Hause schicken»**

Zu den anderen Amerikanern, die in den regulären Einheiten der Ukraine kämpfen, gehören: Dalton Kennedy, Mitglied des North Carolina-Zweiges der weissen supremacistischen Patriot Front, David Kleman aus Georgia, der mit Nazi-Symbolen fotografiert wurde, und der Armee-Veteran David Plaster aus Missouri. Britischen Presseberichten zufolge hat Plaster (Tausende von Ukrainern in taktischer Medizin) ausgebildet und leitete ein Team, zu dem auch ältere Veteranen gehörten, wie der ehemalige Marinesoldat Dave Eggen, der über die Russen sagte: «Wir werden eine Menge Leichensäcke nach Hause schicken.»

Eine dieser Personen erzählte BuzzFeed, dass sie von den Bundesbehörden befragt wurden, aber trotzdem reisen durften. «Ich sage ihnen, dass ich nichts zu verbergen habe. Dann lassen sie mich gehen. Jedes Mal.» Zusätzlich zu den oben genannten Kämpfern melden sich auch bekannte Faschisten zum Kampf an.

Bis März dieses Jahres sollen sich mindestens 3000 US-Bürger auf dem ukrainischen Schlachtfeld aufgehalten haben. Im April sagte John T. Godfrey, amtierender Koordinator des Aussenministeriums für Terrorismusbekämpfung, über amerikanische Extremisten, die in den Kampf ziehen: «Wenn sie zurückkehren, verfügen sie über Fähigkeiten – sie kommen in der Regel radikalisiert zurück als bei ihrer Abreise ... (Sie) verfügen über harte Fähigkeiten, die sie in einigen Fällen bei Angriffen auf Ziele im Inland einsetzen können.» In Geheimdienstkreisen wird dies als «Blowback» bezeichnet.

Im April stellte ich einen Antrag auf Informationsfreiheit beim Ministerium für Heimatschutz (DHS), um Dokumente über Reisende in die Ukraine und ihre Nachbarländer, einschliesslich Georgien und Polen, von 2014 bis heute zu erhalten. Ziel war es, das Ausmass von «Zyklon 2» zu messen. Anhand von Protokollen und Berichten über Vorfälle, die dem DHS zur Kenntnis gelangt waren, wollte ich wissen, wie viele Personen von Bundes- oder lokalen Behörden angehalten und zu ihren Reisen befragt worden waren. Das DHS ignorierte meine Anfrage in unrechtmässiger Weise, wie es das üblicherweise tut: Keine Bestätigung, keine verzögerte Antwort, nichts.

Hätte das Ministerium geantwortet, hätte es vielleicht die Geschichte von Menschen wie «Alex» bestätigt: Ein Veteran der US-Streitkräfte, der über ein anonymes Online-Konto mit der Ukraine in Verbindung stand. «Alex» landete im extremistischen Shyrokyne (in der Nähe von Mariupol), kämpfte mit der offen faschistischen ukrainischen Partei «Rechter Sektor» und rekrutierte schliesslich andere Amerikaner für das Asow-Bataillon. (Die Quelle ist der amerikanische und britische Geheimdienst Bellingcat).

Newsweek stiess auf ähnliche Hindernisse. Es stellte fest, dass der politische Flügel von Asow, das Nationale Korps, mit der US-amerikanischen weiss-supremacistischen Bewegung Rise Above, dem deutschen Dritten Weg, der italienischen Casa Pound und anderen extremistischen Gruppen in Verbindung gebracht wurde. In ihrem Bemühen, das Ausmass solcher Verbindungen in den USA zu ermitteln, baten die Reporter von Newsweek das Justizministerium, das FBI und das DHS um eine Stellungnahme. Die Antwort war Schweigen.

Newsweek verwies auf das Kosakenhaus in Kiew als wichtigstes Rekrutierungszentrum von Asow. Die Bibliothek des Zentrums, das dem Asow-Bataillon vom ukrainischen Verteidigungsministerium zur Verfügung gestellt wurde, enthält Nazi-Literatur und wird vom Anführer des Asowschen Nationalkorps, Semenyaka, als «ein kleiner Staat im Staat» bezeichnet. Wie viele Amerikaner sich derzeit dort aufhalten, ist nicht bekannt. Neben weissen Rassisten gibt es in der Ukraine auch Mitglieder von akzelerationistischen Gruppen, die den Zusammenbruch der Gesellschaft beschleunigen wollen, um sie nach ihrem Bild umzugestalten.

Der ehemalige Marinesoldat Mike Dunn aus Virginia ist ein Informant und eine einst einflussreiche Figur in der politisch unbeständigen Boogaloo-Bewegung, deren letzte Söhne der Freiheit-Fraktion er anführte. «Seit ich weggegangen bin, hat sich in der Boogaloo-Bewegung nicht mehr viel getan», sagt er. Nachdem er als Informant enttarnt worden war, verschwand Dunn von der Bildfläche und tauchte erst im Februar dieses Jahres wieder auf, als er seine Absicht ankündigte, über Polen in der Ukraine zu kämpfen, indem er sich bei einer ungenannten Rekrutierungsstelle meldete.

«Ich würde nicht sagen, dass ich unbedingt versuche, die Sache der Boogaloo-Bewegung voranzutreiben ... Aber ich werde sagen, dass die Boogaloo-Bewegung dort drüben vertreten sein wird.» Aber das macht wenig Sinn. Wer würde einem Spitzel in die Ukraine folgen, ausser Söldnern und Kollegen vom FBI? Ausserdem hat Dunn die Bewegung nicht verlassen, wie könnte er sie also in der Ukraine vertreten? «Ich habe ein paar, die mir dorthin folgen, und einen, der mit mir dorthin geht», sagt er.

Henry Hoeft, ein ehemaliger Infanterist der US-Armee und Boogaloo Boy aus Ohio, wurde vom FBI davor gewarnt, in der Ukraine zu kämpfen, erhielt aber gleichzeitig den Rat, die US-Botschaft anzurufen, wenn er in Schwierigkeiten gerate. Hoeft sagt: «Ich verstehe das. Sie wollen nicht in die Sache verwickelt werden, wenn Russland einem von uns Schaden zufügt, und sie wollen den Konflikt nicht eskalieren lassen, indem sie sagen, dass sie amerikanische Soldaten hinüberschicken.» (Siehe auch Hoeft's Grayzone Interview.)

Dunn, der ehemalige Anführer und Informant von Boogaloo, bestätigte seine Anwesenheit in Washington DC während der «Stop the Steal»-Kundgebung am 6. Januar, behauptet aber, er sei zu spät gekommen und habe nicht an der Erstürmung des Kapitols teilgenommen. Serhiy Dubynin vom Ukrainischen Rechten Sektor, eine einflussreiche Medienpersönlichkeit, die für den grossen ukrainischen Sender Inter arbeitet, war an diesem Tag ebenfalls im Kapitol, was darauf hindeutet, dass die Politik der «offenen Tür» des DHS und des FBI auch ukrainische Extremisten einschliesst, die sich in den USA vernetzen wollen und umgekehrt. Dubynin wurde mit Jake Chansley fotografiert, dem hochdekorierten US-Marineveteranen und selbsternannten «QAnon-Schamanen». Dubynin war zu hören, wie er die «Stop the Steal»-Demonstranten aufforderte, vom friedlichen Protest zur Gewalt überzugehen: «Come on! ... Do it!»

Faschisten und Satanisten bringen ihren «Fetisch für den Tod» in die Ukraine

Zwischen 2015 und 16 gingen mehrere amerikanische Extremisten in die Ukraine, um sich in reguläre Einheiten einzuschreiben. Andere gründeten eine paramilitärische Abspaltung des Rechten Sektors, die laut Kollegen «einen Fetisch für Tod und Folter» hatte. Pluto ist der römische Gott der Hölle. Ihre Einheit nannte sich Task Force Pluto (TFP), benannt nach dem römischen Gott des Todes, und wurde von einem Deserteur der US-Armee geleitet, der zum Söldner wurde, Craig Lang, der auch als Auftragnehmer für das ukrainische Militär gearbeitet hatte. Lang arbeitete zusammen mit Brian Boyenger, einem Irak-Kriegsveteranen, der in der Ukraine als Scharfschütze diente. Lang rekrutierte Amerikaner für die Ukraine und Boyenger überprüfte sie.

Weitere TFP-Mitglieder waren die ehemaligen Marines Quinn Rickert und Santi Pirtle. Die beiden stellten Videobeweise zusammen, die zeigen, wie Lang einen einheimischen Mann foltert und ermordet und eine junge Frau (Alter unbekannt) schlägt und ertränkt, während ein Österreicher namens Benjamin Fischer – Spitzname «Bin Laden» – ihr angeblich Adrenalininjektionen verabreicht, um sie während der Folter bei Bewusstsein zu halten. Das Justizministerium forderte die Beweise von seinen ukrainischen Kollegen an.

2017 schloss sich Alex Zwiefelhofer, ein Deserteur des US-Militärs, Lang über den Rechten Sektor in der Ukraine an. Die beiden hatten geplant, gegen al-Shabaab im Sudan und das venezolanische Militär zu kämpfen. Bei der Befragung von Zwiefelhofer entdeckten die Behörden in North Carolina Kinderpornos auf seinem Telefon. (Die im Vereinigten Königreich ansässige satanische Gruppe Order of Nine Angles und ihr Ableger Tempel ov Blood (sic, ToB) in den USA infiltrieren säkulare rechtsextreme Gruppen und fördern die Vergewaltigung von Kindern, möglicherweise als Honigfalle im Auftrag der Sicherheitsdienste).

Beeinflusst von den SIEGE-Philosophien des älteren Nazi-Pädophilen James Mason (nicht zu verwechseln mit dem verstorbenen Schauspieler), war die Atomwaffen-Division (AWD, jetzt National Socialist Order genannt) eine apokalyptisch-beschleunigende Gruppe, die 2015 gegründet und fünf Jahre später aufgelöst wurde. Mason prahlte damit, dass es «eine Menge Action in der Ukraine gibt ... Das ist ziemlich beeindruckend.»

Private First Class Jarrett Smith, stationiert in Fort Riley, Kansas, war ein Fan von Atomwaffen und Mitglied der Ende 2018 im Baltikum gegründeten Division Feuerkrieg. Smith war auch ein selbsternannter Satanist, der wahrscheinlich mit der ToB in Verbindung steht. Der Anführer dieser Gruppe, Joshua Caleb Sutter, war ein FBI-Informant, der offenbar entschlossen war, Nazi-Gruppen zu infiltrieren und zu «satanisieren», um sie von innen heraus zu zerstören.

Bevor er in die Armee eintrat, wollte Smith in die Ukraine gehen, um mit dem Asow-Bataillon zu kämpfen, und zwar über seine Verbindungen zu Craig Lang. Bevor er gehen konnte, wurde Smith von einem verdeckten FBI-Agenten und einem Dritten (entweder einem Informanten oder einem anderen Agenten), der den Kontakt herstellte, reingelegt. Der verdeckte Ermittler nahm über Chatforen Kontakt zu Smith auf und fragte ihn, wie man Bomben baut. Zur Veranschaulichung, wie die FBI-Agenten fanatische Doppelgänger einrichten, sagte der Agent ausserdem: «Ich habe einen liberalen texanischen Bürgermeister im Visier (sic)! Bumm mit dieser IED [improvisierte Sprengladung] und der Kerl ist tot.»

Über eine rechtsextreme Organisation namens «Military Order of Centuria» wurde die neu benannte Asow-Bewegung von den Streitkräften der USA, Grossbritanniens, Kanadas und Frankreichs ausgebildet.

In den Protokollen des DHS ist vermerkt, dass das AWD-Mitglied Kaleb Cole im Dezember 2018 zusammen mit den Neonazi-Kollegen Aidan Bruce Umbaugh und Edie Allison Moore aus London zurückkehrte. Sie hatten u. a. die Ukraine besucht. Das DHS-Protokoll ist stark geschwärzt. Andrew Dymock (alias Blitz), der Anführer der britischen Sonnenkrieg Division (einer Einheit der AWD), war Mitglied des okkultistischen Ordens der Neun Engel und wurde mit einem T-Shirt des Asowschen Bataillons abgebildet.

Der Neonazi Andrew Dymock (links), der ein T-Shirt des Asowschen Bataillons trägt, mit einem Mitglied der britischen Sektion von Atomwaffen

Das Rise Above Movement (RAM) ist ein Netzwerk amerikanischer Faschisten, von denen einige wegen der Anwendung von Gewalt gegen linke Demonstranten verurteilt worden sind. Im Jahr 2018 war ein führender Asow-Faschist und Mörder, Sergey Korotkikh, Gastgeber für RAM-Mitglieder in Kiew. Der Anführer des Nationalen Korps Semenyaka beherbergte auch die RAM-Mitglieder Michael Miselis aus Lawndale, Benjamin

Drake Daley aus Redondo Beach und Robert Rundo aus Huntington (Kalifornien). Später im selben Jahr wurden RAM-Mitglieder in den USA wegen Gewalt angeklagt. FBI-Spezialagent Scott J. Bierwirth sagte: «Es wird angenommen, dass das Asowsche Bataillon ... an der Ausbildung und Radikalisierung von in den Vereinigten Staaten ansässigen Organisationen der weissen Vorherrschaft beteiligt war.»

Laut dem Time Magazine half ein Arm der Asow-Bewegung dabei, das Manifest des Terroristen zu verbreiten, nachdem der weisse Rassist Brenton Tarrant im Jahr 2019 51 Menschen in Christchurch, Neuseeland, ermordet hatte. Unter den vielen Ländern, die er besucht haben soll, war auch die Ukraine.

Heute preist die neonazistische Wotanjugend Tarrant als Helden und hat sein Manifest verbreitet. Im April 2020 führte der Anführer der Asowschen Nationalen Miliz, Tscherkas Mychailenko, ein Interview mit Alexej Lewkin von der Wotanjugend, was auf ihre Sympathien schliessen lässt. Die Nazi-Rekrutierungsstation der Asowschen Miliz, das Kosakenhaus, hat auch Waren der Wotanjugend verkauft.

Düstere Vorhersagen über Rückschläge in der Ukraine

Die US-Geheimdienste haben eine Politik der offenen Tür für Veteranen, Milizen und Faschisten zugelassen, die in die Ukraine und ihre Nachbarländer reisen, um so viele russische Soldaten wie möglich zu töten. Das FBI überwacht einige der Kämpfer, greift in einigen Fällen ein, unternimmt aber normalerweise nichts. Das Ministerium für Innere Sicherheit erlaubt den ausländischen Kämpfern, mit minimalen Behinderungen zu reisen und zurückzukehren. Die US-Wohltätigkeitsorganisation Volunteers for Ukraine ist eine der Organisationen, die den Operationen, an denen ansonsten Extremisten beteiligt sind, den Anschein von Legitimität verleihen.

In der Ukraine bilden inzwischen US-Spezialeinheiten die Nationalgarde und andere reguläre Einheiten aus und sorgen so für eine weitere professionelle Absicherung. Allerdings bilden einige dieser regulären Einheiten, die von den USA ausgebildet wurden, rechtsextreme und nazistische Paramilitärs aus – einige ukrainische, einige amerikanische. Die amerikanischen Faschisten kehren nach Hause zurück und haben das Potenzial, diese Ausbildung gegen inländische Ziele einzusetzen.

Der ehemalige FBI-Agent und heutige Berater Ali Soufan weist darauf hin, dass die afghanischen Taliban in den 1990er Jahren von den ständigen Konflikten in dem zentralasiatischen Land profitierten. «Ziemlich bald übernahmen die Extremisten die Macht. Die Taliban hatten das Sagen. Und wir sind erst nach dem 11. September aufgewacht. Das ist jetzt die Parallele zur Ukraine», sagte Soufan.

Ein Bericht des Zentrums für Terrorismusbekämpfung der Militärakademie West Point aus dem Jahr 2021 untermauerte seine Aussage, dass der Ukraine-Konflikt als mächtiger Beschleuniger für die globale weisse Vorherrschaft diene.

Ebenfalls in diesem Jahr erklärte Elissa Slotkin, Vorsitzende des Unterausschusses für Nachrichtendienste und Terrorismusbekämpfung: «Als ehemaliger CIA-Offizier, der sich die meiste Zeit seiner Karriere mit ausländischen Terrororganisationen im Nahen Osten beschäftigt hat, war ich erstaunt über die Bedrohung, die von diesen weissen supremistischen Gruppen ausgeht, über die Menge an Kontakten, die sie mit Extremisten in den USA haben, über die minimale nachrichtendienstliche und diplomatische Berichterstattung, die wir über diese Gruppen haben, und über den relativen Mangel an Überprüfung durch die US-Regierung.» Slotkin empfahl das Verbot von dreizehn weiss-supremistisch-extremistischen Organisationen, darunter das Asow-Bataillon. Heute wird das Asow-Bataillon in den westlichen Medien überschwänglich gelobt, und Slotkin ist ein glühender Befürworter massiver Waffenlieferungen an das ukrainische Militär, das es beherrscht.

QUELLE: A NEW GENERATION OF US-TRAINED EXTREMISTS IS FIGHTING RUSSIA. ARE WE PREPARED FOR THE BLOWBACK?

ÜBERSETZUNG: COOPTV

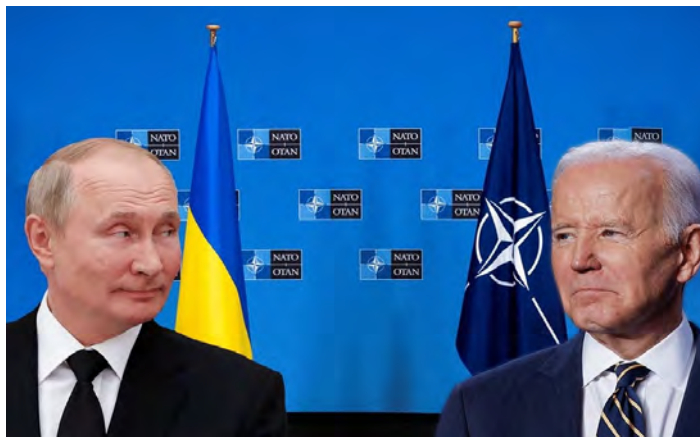
Quelle: <https://uncutnews.ch/eine-neue-generation-von-in-den-usa-ausgebildeten-extremisten-kaempft-gegen-russland/>

Ist die Ukraine eine Falle für die NATO?

uncut-news.ch, Juni 10, 2022

Die NATO sagt, die Ukraine sei ein neues «Afghanistan» für Russland. Ein genauerer Blick auf die Situation zeigt jedoch, dass die NATO in einen Konflikt hineingezogen wird, den sie nicht gewinnen kann und der das Bündnis zerschlagen könnte.

Anfang dieser Woche besuchte der ukrainische Politiker und Komiker Wolodymyr Selenski die Frontlinien in der separatistischen Donbass-Region, die die ukrainischen Streitkräfte seit 2014 besetzt und zu unterwerfen versucht haben. Angestachelt von seinen NATO-Vertretern rief Selensky dazu auf, keine Kompromisse mit den russischen Streitkräften und den Rebellen im Donbass einzugehen. Er will den totalen Sieg und die Russen wie 2014 an die alte Grenze zurückdrängen.



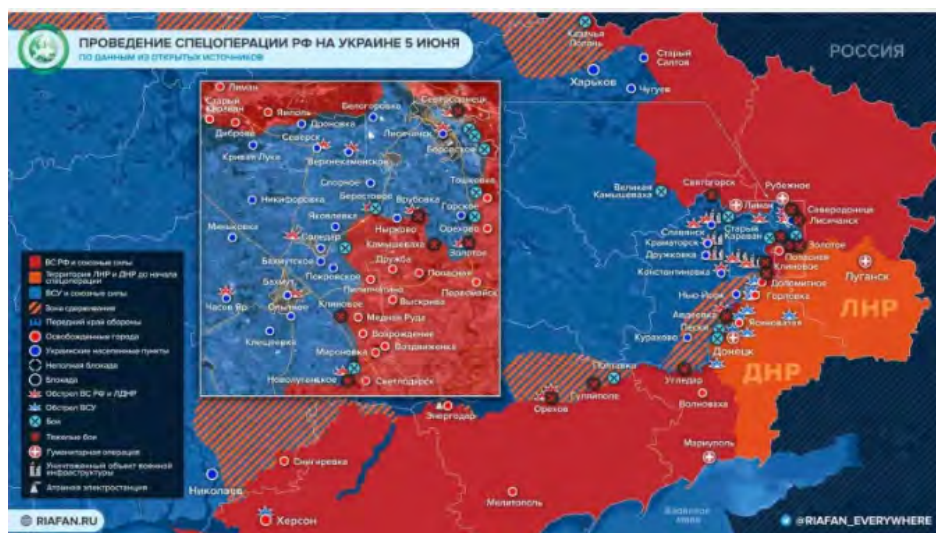
Obwohl die russische Luftwaffe und Artillerie eine überwältigende Überlegenheit haben, konnte Selensky irgendwie die Front besuchen. Ich bestreite nicht, dass er dort war. Ich bin nur verwundert, warum die Russen nicht auf Selensky losgegangen sind, um ihm zumindest Angst einzujagen. Es ist fast so, als ob Moskau ihn lebend und in guter Verfassung haben will.

Jeden Tag lese und studiere ich Berichte, Videos und Karten von beiden Seiten des Konflikts. In den vergangenen 100 Tagen hat Russland die Frontlinie im Donbass nur um wenige Kilometer vorverlegt. Im Gegensatz dazu benötigte Russland nur wenige Wochen, um grosse Teile der Regionen Cherson und Saporoschje im (ehemaligen) Süden der Ukraine einzunehmen. Warum also geht es im Donbass so langsam voran?

Erstens haben sich die ukrainischen Streitkräfte (UAF) dank der NATO-Berater in den letzten acht Jahren eingegraben und gewaltige Befestigungen im Donbass errichtet und ihre besten Truppen in die Rebellenregion entsandt. Okay, das ist schön und gut. Aber warum können die Russen die UAF nicht umzingeln und einkesseln (siehe Karte unten)?

Das zweite Problem ist, dass die UAF Zivilisten aus dem Donbass als «menschliche Schutzschilde» benutzt. Die UAF nimmt oft Feuerstellungen in Schulen, Krankenhäusern, Einkaufszentren, Getreidesilos und Wohnhäusern ein und versucht, das russische Feuer auf diese Stellungen zu lenken, um dann von «Kriegsverbrechen» zu sprechen. Wir haben das in Mariupol gesehen, weshalb die Stadt so sehr gelitten hat. (Übrigens ist es ein Kriegsverbrechen, Zivilisten als «menschliche Schutzschilde» zu benutzen).

Doch trotz dieser beiden Faktoren sollten wir uns die folgende Karte ansehen. Das Rot wird von Russland kontrolliert und das Hellblau von der Ukraine. Die gemischten roten und blauen Streifen sind umstritten. Sollte es für Russland nicht möglich sein, die UAF von hinten zu durchbrechen und einzukesseln?



Warum hat Russland das nicht getan? Könnte der Grund etwas sehr Unerwartetes und Schockierendes sein? Ich mag mich irren, und dies ist nur meine Theorie, aber ich habe den Eindruck, dass Russland die NATO in einen langsamen und zermürbenden Krieg in der Ukraine hineinziehen will. Ich meine, sieht die Konfiguration der Frontlinie im Donbass nicht wie eine perfekte Falle aus?

Sehen Sie sich als Nächstes die Karte unten an. Sehen Sie Slowjansk? Das ist eine der wichtigsten UAF-Bastionen im Donbass. Wenn die Russen diese Stadt einnehmen, würde die gesamte ukrainische Frontlinie zusammenbrechen. Ausserdem stehen die russischen Truppen bereits südlich von Izyum – 16 Meilen (ca.

26 km) von Slowjansk entfernt. Sie befinden sich dort seit zwei Monaten. Warum stossen sie nicht die Autobahn M03 hinunter und nehmen Slowjansk ein?

In Mariupol rückte die russische Armee vor und nahm die Stadt innerhalb eines Monats ein, obwohl die UAF die dortigen ethnischen Russen als «menschliche Schutzschilde» einsetzte. (Ja, es gab tragischerweise viele Opfer unter der Zivilbevölkerung. Aber das neonazistische Asow-Bataillon musste überwältigt werden). Und nun noch einmal meine Frage: Warum haben es die Russen nicht eilig, Slowjansk einzunehmen?



Dank der westlichen Sanktionen sind die Energiepreise weltweit gestiegen, und Russland fährt Rekordgewinne ein. Tatsächlich schaden die westlichen Sanktionen Russland nicht wie geplant, was die NATO-Führer nur noch mehr frustriert und erzürnt. Insgesamt sind die makroökonomischen Indikatoren Russlands solide, besser als die des hoch verschuldeten und von hoher Inflation geplagten Westens. Russland könnte diesen Krieg möglicherweise ein paar Jahre lang führen, der Westen nicht.

Ich bezweifle, dass der Westen diesen Krieg über den Herbst hinaus führen kann, ohne übermässige wirtschaftliche Schäden zu erleiden, die zu einer politischen Niederlage der regierenden Parteien führen könnten. Denken Sie daran, dass im November in den USA wichtige Wahlen stattfinden und Biden sich gerne damit brüsten möchte, dass er «Wladimir Putin aufgehalten» hat.

Betrachten wir diesen Krieg auch aus dem Blickwinkel Russlands. Der Kreml weiss, dass es ein Kampf ums Überleben ist. Biden und die NATO haben eindeutig erklärt, dass sie Russland vernichten wollen. In der vergangenen Woche haben einflussreiche Pro-Biden-Medien wie Bloomberg dazu aufgerufen, Russland zu zerstören und es in ein Dutzend Republiken aufzuteilen.

Dieser Plan ist zwar nicht neu, aber bisher wurde er nur in den Hallen der Macht geflüstert, nicht in den grossen Medien. (Ich persönlich hörte davon 2016 von Leuten beim Atlantic Council, einer einflussreichen Denkfabrik in Washington, die den Kampf gegen Russland anführt).

Nun, Russland wird nicht zerstört werden. Selenskys verzweifelte Tiraden werden von mächtigen westlichen PR-Firmen und ohne jede kritische Analyse durch die Medien verbreitet. Selensky und seine Handlanger haben ihr eigenes bizarres Paralleluniversum geschaffen, an das leider viele im Westen glauben. In Wirklichkeit aber kann Russland NATO-Waffen angreifen und zerstören, lange bevor sie das Schlachtfeld erreichen. Diese Lieferungen müssen 1450 km von der ukrainischen Grenze zu Polen bis in den Donbass zurücklegen. Sie sind verwundbar.

Moskau will Biden und der NATO eine demütigende Niederlage in der Ukraine zufügen. Und es scheint, dass Moskau sogar die NATO und ihre ukrainischen Stellvertreter anstachelt: «Nur zu, schickt weiter Männer und Waffen in den «Kessel» Donbass; wir können mit allem fertig werden, was ihr schickt; wir werden euch in einen Krieg an unserer Grenze verwickeln, den ihr nicht gewinnen könnt.»

Die NATO setzt eine grosse Menge an Waffen und Geld ein, um Russland zu besiegen. Auch hier gilt: Wenn die NATO ihre Ziele in der Ukraine nicht erreicht, wird es im eigenen Land zu politischen und sozialen Unruhen kommen. Die Bürger der EU und der USA zahlen einen hohen wirtschaftlichen Preis für den Krieg der NATO gegen Russland: Eine galoppierende Inflation und eine Verschlechterung des Lebensstandards.

Biden und die NATO setzen all ihre «Chips» auf eine «Niederlage» Russlands. In der Zwischenzeit ist die UAF in Wirklichkeit kaum in der Lage, eine erfolgreiche Gegenoffensive zu starten, geschweige denn ihre Linie gegen den langsamen, aber stetigen russischen Vormarsch zu halten. Auf dem Weg dorthin erbeuten die Russen eine Menge NATO-Waffen. Russische Soldaten veröffentlichen oft humorvolle Videos von amerikanischen Waffen und machen sich über Biden lustig, indem sie ihm «danken».



Wenn Selenskys Regime wirklich an der Ukraine interessiert wäre, würde es Frieden aushandeln. Wenn Europa und die USA wirklich Frieden in Osteuropa wollten, dann würden sie Selensky dazu zwingen, das Recht des Donbass und der Krim anzuerkennen, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden.

Die Sehnsucht der Krim und des Donbass nach Unabhängigkeit von der Ukraine wird übrigens als «Selbstbestimmungsrecht» bezeichnet. Dieses Konzept wurde 1918 von US-Präsident Woodrow Wilson (einem Demokraten) im Hinblick auf die neuen Länder Mitteleuropas propagiert.

Seit 1918 ist das «Selbstbestimmungsrecht» ein grundlegendes Prinzip des Völkerrechts, das von der Weltgemeinschaft akzeptiert wird. Es steht nicht zur Diskussion. Die einzige Frage, die es zu beantworten gilt, ist: Warum ist der Westen der Meinung, dass Donbass und Krim dieses Recht nicht zugestanden wird? Aber das ist ein Thema für einen anderen Tag.

Wir sind Zeugen einer grossen Tragödie. Zwei überwiegend slawische Nationen mit einer gemeinsamen Geschichte und Kultur bekämpfen sich in einem brutalen Krieg. Letztendlich lässt sich die Geografie jedoch nicht ändern – Russland und die Ukraine sind Nachbarn und müssen lernen, miteinander zu leben. Irgendwann werden sie Frieden schliessen müssen.

Gleichzeitig wird Moskau niemals eine feindliche NATO in der Ukraine dulden. In den vergangenen 800 Jahren haben es der Deutsche Orden, die Polen, die Schweden, Napoleon und natürlich die Nazis versucht. Sie alle haben versucht, in Russland einzufallen und es zu besiegen.

Das Ergebnis war immer dasselbe – ein absoluter und totaler Misserfolg. Aber Biden und die NATO glauben, sie könnten sich diesem Trend widersetzen. Sie werden es bald sehen...

ENDE

QUELLE: IS UKRAINE A TRAP FOR NATO?

Quelle: <https://uncutnews.ch/ist-die-ukraine-eine-falle-fuer-die-nato/>

Einige Gedanken von Analysten zur Rolle der USA in der Ukraine und in Europa

uncut-news.ch, Juni 10, 2022

Craig Murray stellt zu Recht fest, dass US-Präsident Joe Biden an der Verlängerung des Krieges in der Ukraine arbeitet:

Die neue ukrainische Haltung, dass es ohne die Rückgabe der Krim kein Friedensabkommen geben wird, hat jede Hoffnung auf einen baldigen Waffenstillstand vorerst beendet. Es scheint ein militärisch unerreich-

bares Ziel zu sein – ich kann mir kein Szenario vorstellen, bei dem Russland die Krim de facto verliert, ohne die ernsthafte Möglichkeit eines weltweiten Atomkriegs.

Dieser Schlag gegen den Friedensprozess war ein Rückschlag für Ankara, und ich muss sagen, dass alle Quellen, mit denen ich gesprochen habe, der Meinung waren, die Ukrainer handelten auf Anweisung von Verteidigungsminister Lloyd Austin, der offen erklärte, er wolle mit dem Krieg die russischen Verteidigungskapazitäten zermürben, aus Washington an Selenski.

Ein langer Krieg in der Ukraine liegt natürlich massiv im Interesse des militärisch-industriellen Komplexes der USA, dessen Braten in Afghanistan, im Irak und in Syrien ziemlich aus dem Ruder gelaufen ist. Er dient auch dem strategischen Ziel, die russische Wirtschaft schwer zu schädigen, obwohl ein Grossteil dieses Schadens auf Gegenseitigkeit beruht.

Was Craig übersieht, ist, dass es bei dem Krieg um viel mehr geht als um die Waffenindustrie. Er hat dazu geführt, dass die USA zumindest vorübergehend die Kontrolle über Europa und seine Energiequellen erlangt haben.

Wolfgang Streeck wirft einen Blick auf die EU nach der Ukraine. Er beschreibt ihre Entwicklung im Laufe der Jahrzehnte und weist auf den grossen Fehler hin, den sie im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine begangen hat, der es den USA und der NATO ermöglichte, die Reaktion zu «führen»:

Als die Spannungen rund um die Ukraine zunahmen, was sich in der Ansammlung russischer Truppen an den ukrainischen Grenzen zeigte, erteilten die westeuropäischen Länder den Vereinigten Staaten – scheinbar selbstverständlich – eine Vollmacht und erlaubten ihnen, über die NATO in ihrem Namen und in ihrem Auftrag zu handeln. Nun, da sich der Krieg in die Länge zieht, ist Europa, das in einer der NATO unterstellten Europäischen Union organisiert ist, von den Bizarrerien der Innenpolitik der Vereinigten Staaten abhängig, einer im Niedergang begriffenen Grossmacht, die sich auf einen globalen Konflikt mit einer aufstrebenden Grossmacht, China, vorbereitet.

Die EU hat völlig verkannt, dass der Krieg für die Interessen der USA geführt und von ihnen als Waffe gegen die Souveränität Europas eingesetzt wird:

Was sind die Kriegsziele der Vereinigten Staaten, die über die NATO für und mit Europa handeln? Da es Biden überlassen wurde, in seinem Namen zu entscheiden, wird das Schicksal Europas von Bidens Schicksal abhängen, d.h. von den Entscheidungen bzw. Nicht-Entscheidungen der US-Regierung.

Ohne das, was die Deutschen im Ersten Weltkrieg einen Siegfrieden nannten – einen siegreichen Frieden, der einem besiegten Feind aufgezwungen wird, wovon in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich sowohl die Neocons als auch die liberalen Imperialisten der Hillary-Clinton-Schule träumen –, könnte Biden eine langwierige Pattsituation anstreben oder sogar bevorzugen, einen Zermürbungskrieg, der sowohl Russland als auch Westeuropa, insbesondere Deutschland, miteinander beschäftigt.

Eine dauerhafte Konfrontation zwischen russischen und ukrainischen bzw. «westlichen» Armeen auf ukrainischem Boden würde Europa unter dem Dach der NATO vereinen und die europäischen Länder auf bequeme Weise dazu verpflichten, ihre hohen Militärausgaben beizubehalten. Sie würde Europa auch zwingen, weitreichende, ja lähmende Wirtschaftssanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten, was als Nebeneffekt die Position der Vereinigten Staaten als Lieferant von Energie und Rohstoffen verschiedener Art für Europa stärken würde.

Darüber hinaus würde ein andauernder Krieg – oder Beinahe-Krieg – Europa daran hindern, eine eigene eurasische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands zu entwickeln. Er würde die amerikanische Kontrolle über Westeuropa zementieren und sowohl die französischen Vorstellungen von «europäischer strategischer Souveränität» als auch die deutschen Hoffnungen auf Entspannung ausschliessen, die beide eine Art russische Einigung voraussetzen. Und nicht zuletzt wäre Russland mit den Vorbereitungen für westliche Militärinterventionen unterhalb der nuklearen Schwelle in seiner erweiterten Peripherie beschäftigt.

Diese bedingungslose Unterwerfung der EU und ihrer Mitgliedstaaten unter das Kommando der USA ist bizarr. Wenn die Auswirkungen des Krieges eintreten, wird es eine ernsthafte Gegenreaktion gegen Brüssel geben. Angesichts all der Widersprüche innerhalb der EU und des internen Konflikts mit ihren östlichen Mitgliedern ist die Nachhaltigkeit des EU-Projekts nun ernsthaft infrage gestellt. Es könnte noch tragfähig sein, wenn auch in reduzierter Form, wenn Russland beschliesst, die NATO zu verkleinern.

Der schwerwiegendste Fehler wurde begangen, als sich die EU vor dem Krieg mit den USA darauf einigte, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, die Europa mehr schaden würden als Russland. Damit wurde das Gesamtbild völlig verfehlt.

Alastair Crooke schreibt, dass dies zu einem Wandel in der Art und Weise führen wird, wie die «westliche» Welt bisher funktioniert hat:

Die Staats- und Regierungschefs der EU müssen ihr Dilemma erkennen: Sie haben vielleicht den Zug verpasst, um eine politische Lösung zu finden. Aber sie haben das Boot nicht verpasst, wenn es um Inflation, wirtschaftliche Schrumpfung und die soziale Krise im eigenen Land geht. Diese Schiffe fahren mit Voll-dampf auf sie zu. Haben die EU-Aussenministerien über diese Möglichkeit nachgedacht, oder haben sie sich von der Euphorie und dem glaubwürdigen Narrativ des «bösen Mannes Putin» aus dem Baltikum und Polen mitreissen lassen?

Dies ist der Punkt: Die Fixierung auf die Ukraine ist im Grunde nur ein Deckmantel, der über die Realitäten einer in Auflösung begriffenen globalen Ordnung gelegt wird. Letztere ist die Ursache für die allgemeine Unordnung. Die Ukraine ist nur eine kleine Figur auf dem Schachbrett, und ihr Ausgang wird diese «Realität» nicht grundlegend ändern. Selbst ein «Sieg» in der Ukraine würde der neoliberalen regelbasierten Ordnung keine «Unsterblichkeit» verleihen.

Crooke zitiert den ehemaligen «Financial Times»-Kolumnisten Wolfgang Münchau, der zugibt, dass er und der «Westen» die wirtschaftliche Rolle Russlands auf dem Weltmarkt völlig falsch eingeschätzt haben:

Die westlichen Sanktionen basierten auf einer formal richtigen, aber irreführenden Prämisse, an die ich selbst zumindest bis zu einem gewissen Punkt geglaubt habe: Dass Russland mehr von uns abhängig ist als wir von Russland. Russland hat mehr Weizen, als es essen kann, und mehr Öl, als es verbrennen kann. Russland ist ein Lieferant von Primär- und Sekundärrohstoffen, von denen die Welt abhängig geworden ist. Öl und Gas sind die wichtigsten Einnahmequellen für die russischen Exporte. Aber unsere Abhängigkeit ist in anderen Bereichen am grössten: Bei Nahrungsmitteln und auch bei seltenen Metallen und seltenen Erden. Russland ist in keiner dieser Kategorien ein Monopolist. Aber wenn der grösste Exporteur dieser Rohstoffe ausfällt, leidet der Rest der Welt unter materiellen Engpässen und steigenden Preisen.

Haben wir das durchdacht? Haben die Aussenministerien, die die Sanktionen ausgearbeitet haben, zu irgendeinem Zeitpunkt darüber diskutiert, was wir tun würden, wenn Russland das Schwarze Meer blockieren und den ukrainischen Weizen nicht aus den Häfen lassen würde? Haben wir eine vereinbarte Antwort auf die russische Lebensmittelerpressung entwickelt? Oder haben wir geglaubt, wir könnten eine globale Hungerkrise angemessen bekämpfen, indem wir mit dem Finger auf Putin zeigen?

Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass wir alle zu sehr miteinander verbunden sind, als dass wir uns gegenseitig Sanktionen auferlegen könnten, ohne uns massiv selbst zu schaden. Sie mögen argumentieren, dass es das wert ist. Wenn Sie das tun, klingen Sie wie ein Wirtschaftsprofessor, der argumentiert, dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ein Preis ist, den es zu zahlen lohnt.

Die katastrophalen Folgen der Sanktionen waren vorhersehbar und wurden vorhergesagt.

Jetzt, da das Pferd aus dem Stall ist, sollten wir die Tür nicht schliessen, sagt Münchau, sondern etwas anbieten, das das Pferd dazu bringt, freiwillig wieder hereinzukommen:

Wenn wir keinen Deal mit Putin machen, der auch die Aufhebung der Sanktionen beinhaltet, sehe ich die Gefahr, dass die Welt in zwei Handelsblöcke zerfällt: Den Westen und den Rest. Die Lieferketten werden umorganisiert, um innerhalb dieser Blöcke zu bleiben. Russlands Energie, Weizen, Metalle und seltene Erden werden weiterhin konsumiert werden, aber nicht hier. Wir behalten die Big Macs.

Ich bin mir nicht sicher, ob der Westen bereit ist, sich den Folgen seines Handelns zu stellen: Anhaltende Inflation, geringere Industrieproduktion, geringeres Wachstum und höhere Arbeitslosigkeit. Für mich sehen die Wirtschaftssanktionen wie das letzte Hurra eines dysfunktionalen Konzepts aus, das als Westen bekannt ist. Der Ukraine-Krieg ist ein Katalysator für eine massive De-Globalisierung.

Stattdessen diskutiert Europa darüber, wie es seine Scheune am besten abfackeln kann.

QUELLE: SOME OTHER PEOPLE'S THOUGHTS ON THE U.S. ROLE IN THE UKRAINE AND EUROPE

Quelle: <https://uncutnews.ch/einige-gedanken-von-analysten-zur-rolle-der-usa-in-der-ukraine-und-in-europa/>



Ein Artikel von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam; 13. Juni 2022 um 9:00

Der Ukrainer nutzt den Krieg und die Faschisten, um sich an der Macht zu halten. Preisfrage: Wann lief die letzte 20-Uhr-Tagesschau ohne Beitrag über Ukraines Präsidenten Selenskyj – albern kostümiert in NATO-

Oliv, Waffen und Geld fordernd? «Selensky» im Suchfeld auf tagesschau.de ergibt für die letzten drei Monate mehr als 1400 Treffer. Tagesschau.de listet darunter mehr als 500-mal Selensky-Videos: Heldenverehrung für einen ferngesteuerten Gewaltherrscher, der den Kriegszustand zur Festigung der eigenen Position verlängert und dafür täglich hunderte Menschenleben opfert. Hingegen verschwieg die Tagesschau den weltweit beachteten Rat des einstigen US-Aussenministers Henry Kissinger, Selensky solle zur Vermeidung einer gesamteuropäischen Katastrophe freiwillig Territorium an Russland abtreten und Frieden schliessen. Kissingers Realismus passte der giftgrün-linientreuen ARD-aktuell-Redaktion ersichtlich nicht in den Propagandakram. *Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam.*

Selensky ist US-Präsident Bidens Büttel in Europa, vor dem sich die hiesigen Regierungschefs untertänigst zu verneigen haben. Warum sie buckeln, anstatt sich an ihren mutigen lateinamerikanischen Kollegen ein Beispiel zu nehmen, könnte vielleicht der US-Geheimdienst NSA näher erklären. Er hört schliesslich ungehindert und flächendeckend bei uns ab, Ex-Kanzlerin Merkel kann's bezeugen. Politiker erpressen gehört zu den leichteren Formen der US-Regierungskriminalität.

Selensky erfüllt das Interesse des US-geführten militärisch-industriellen Komplexes an einem langen Krieg. Schliesslich verbraucht die Ukraine derzeit in drei Monaten «das Äquivalent von mindestens zwei Jahresproduktionen der gesamten westlichen Rüstungsindustrie».

Alastair Crooke, vormals britischer Diplomat, Vermittler mehrerer Waffenstillstandsabkommen in Nahost, verweist auf den übergeordneten geopolitischen Hintergrund:

«Die Fixierung auf die Ukraine ist im Grunde nur ein Deckmantel, der über die Realitäten einer in Auflösung begriffenen globalen Ordnung gelegt wird.»

Erst seit er den Kriegsfürsten von Washingtons Gnaden spielen darf, geniesst der Showman Selensky die intensive Zuwendung seiner westeuropäischen Kollegen. Davor hatten sie und ihre Medien ihn als Wichtigtuer abgetan. Noch ein Jahr nach seinem Amtsantritt kommentierte ARD-aktuell-Korrespondent Demian von Osten:

«Anders will er sein – und macht grosse Versprechungen ... : «Ich bin bereit, das Sterben unserer Soldaten um jeden Preis zu stoppen!» ... Der in Paris vereinbarte Waffenstillstand hat (aber) nicht geklappt. Wie schon oft zuvor.»

In jenem Mai 2020 nahm Russland es noch hin, dass die ukrainische Armee ihre Mitbürger im Donbass blutig bekriegte und Kiew jedes Waffenstillstandsabkommen brach.

Versager in jeder Hinsicht

Selensky stand zeitweise im Wertewesten sogar auf der «Verschissliste», zum Beispiel, weil er den korrupsionsverdächtigen US-Präsidenten Biden und dessen Sohn Hunter bei ihrer privaten Abzocke im Ukraine-Gasgeschäft nicht ausreichend effektiv abgeschirmt hatte (angeblich strichen Vater und Sohn Biden damals nebenher schlappe 1,5 Millionen US-Dollar ein). Zudem unternahm Selensky nichts Entscheidendes gegen die übermächtigen ukrainischen Oligarchen.

Um seine Macht abzusichern, war er nur allzu schnell bereit, entgegen seinem Wahlversprechen «Beendigung des Bürgerkrieges in der Ostukraine» auf die Rückeroberung des Donbass und der Krim zu setzen. Zum Wohlgefallen Washingtons und der NATO-Kriegsknechte behauptete er einfach, Russland bedrohe ganz Westeuropa. Schon während seines Antrittsbesuchs bei Bundeskanzlerin Merkel in Berlin warb er dafür, die Russlandsanktionen zu verschärfen; Merkel war damals klug genug gewesen, das abzulehnen.

Dass das Präsidentenamt etliche Nummern zu gross für ihn ist, lässt sich mit Zahlen und Fakten aufzeigen: Bis kurz vor dem Krieg kehrten 4 Millionen Ukrainer ihrer von heimischen Oligarchen und westlichen «Investoren» ausgesaugten Heimat den Rücken. Das waren zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Gegen den entschiedenen Willen seiner Mitbürger hob Selensky am 1. Juli 2021 das sakrosankte Verbot auf, staatlichen Wald- und Ackerboden an private Käufer zu veräussern. Er entsprach damit der erpresserischen Forderung des Internationalen Währungsfonds, im Gegenzug für 8 Milliarden Dollar Kriegskredite.

Ukrainische Oligarchen können jetzt zulasten vieler Pächter aus ärmeren Bevölkerungsschichten Land aufkaufen und auch als Strohmann westlicher Immobilienhaie agieren. Grösster Gewinner beim Ausverkauf der Ukraine dürfte der US-amerikanische Spekulant George Soros werden.

Grösster politischer Verlierer bei der miesen Nummer war Selensky selbst. Hatten ihm zu Beginn jenes Jahres noch 61 Prozent der Ukrainer vertraut, so fand er am Ende nur noch 38 Prozent Zustimmung.

Wundersame Wandlung

Im vorigen Jahr verzeichnete die Ukraine 9,4 Prozent Inflation. Wie hoch der Geldwertverlust seither ist, lässt sich wegen des Krieges nicht abschätzen. Das monatliche Durchschnittseinkommen fiel von 641 Dollar im Dezember 2021 auf nur noch 521 US-Dollar im Januar. Wie niedrig es seit Kriegsbeginn wurde, ist unbekannt. (Zum Vergleich: Das durchschnittliche Monatseinkommen in Deutschland beträgt 4800 Dollar.) Bereits vor dem russischen Einmarsch hatte Präsident Selensky die Ukraine stark militarisiert und den Bürgerkrieg gegen die Maidan-Gegner im Osten intensivieren lassen, trotz Kiews ökonomisch desolater Verhält-

nisse und seiner korrupten Strukturen. Er ist mitverantwortlich für den gewaltsamen Tod von 14'000 Zivilisten im Donbass: Sein verheerender Feuerüberfall vom 16. Februar beim Versuch, den Widerstand der Ostukrainer endgültig niederzuschlagen, veranlasste die russische Invasion. Mehr als 1000 ukrainische Artilleriegranaten und Raketen schlugen an jenem Tag in die Wohngebiete der Donbass-Republiken ein; die OSZE registrierte in den fünf folgenden Tagen jeweils noch höhere Zahlen.

Selenskys Bürgerkrieg machte ihn jedoch nicht etwa zur Unperson, sondern die transatlantische US-Gefolgschaft inszenierte seine wundersame Wandlung – vom grossmäuligen Versager zum verehrungswürdigen Freiheitskämpfer. Zum umschwärmten Oberhaupt eines Staatsgebildes, das es aus westlicher Sicht rechtfertigt, den Dritten Weltkrieg zu riskieren.

Es ist und bleibt unfassbar: Die US-NATO-EU-Eliten und ihre journalistische Entourage haben es geschafft, die Mehrheit unserer Mitbürger zu kritiklosen Unterstützern einer ukrainischen Präsidentenmarionette zu deformieren. Zu Befürwortern umfangreicher Waffenlieferungen und Geldgeschenken in Milliardenhöhe, obwohl uns das mitschuldig werden lässt am Massensterben und ungezählten Verbrechen in der Ukraine. Wir sind angeblich «zur Hilfe verpflichtet», obwohl uns das zur Kriegspartei macht; obwohl viele deutsche Waffen auf den Schwarzmarkt und in die Hände von internationalen Terroristen geraten; obwohl die Euro-Milliarden in ein Fass ohne Boden fliessen. Dass ein beachtlicher Teil der Hilfgelder in privaten Taschen verschwindet, lässt sich ja nicht mehr leugnen.

Die weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber dem Jahrhundertskandal ist ein Meisterstück der Massen-Manipulation mithilfe unserer Leitmedien.

Nachdenken unerwünscht

Ohne selbst von Russland bedroht zu sein, nehmen wir essenzielle Einschränkungen unseres Alltags in Kauf: Explodierende Lebenshaltungskosten, Gefährdung der Grundversorgung, der Arbeitsplätze, des sozialen Friedens, unserer Freiheitsrechte. Dies alles zugunsten eines korrupten und verkommenen Staates, mit dem wir nichts am Hut haben und über den die meisten Deutschen kaum etwas wissen. Über das gleichgeschaltete Tagesschau-Niveau hinaus können sie sich über die Lage in der Ukraine ja nur mit grossem Zeitaufwand und viel Mühe zutreffend informieren. Das verhindern schon die EU und die deutschen Zensurbehörden. «Feind-Medien» sind verboten. Hatten wir das alles nicht schon mal ...?

Unter solchen Rahmenbedingungen machen in Deutschland Kriegsbefürworter und Flachdenker Karriere. Die FDP-Politikerin Strack-Zimmermann, bedauerlicherweise zur Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages avanciert, reagierte auf die Bemerkung «die Ukraine ist ein hochgradig korrupter Oligarchenstaat ohne Pressefreiheit» mit folgendem Aberwitz:

«Es ist Fakt, dass in den vergangenen Jahren die Ukraine ein deutliches Problem mit Korruption hatte. Präsident Selensky setzt sich seit seiner Wahl dafür ein, dieses Problem zu lösen. ... Im Gegensatz zu Russland herrscht in der Ukraine Pressefreiheit.»

Nur ein Schelm gibt mehr, als er hat. Die hier wörtlich zitierte Lindner-Vertraute ist eben intellektuell nicht so begütert, um ohne derartigen Unsinn auszukommen.

Nicht nur hat die Ukraine ein «Problem mit Korruption», Selensky persönlich ist korrupt. Seinen Wahlkampf liess er sich vor drei Jahren vom Oligarchen und Medienmogul Kolomoyskyi finanzieren und besetzte zum Dank dafür wichtige Staatsämter mit Leuten aus Kolomoyskyis Dunstkreis. Der Banker und Milliardär Kolomoyskyi war wegen Betrugereien nach Israel geflüchtet, Interpol fahndete nach dem Mann mit den drei Pässen. Nach Selenskys Wahl durfte er trotzdem zurückkehren, Strafverfolgung musste er nicht mehr befürchten. Oligarch Rinat Achmetow, der reichste Mann der Ukraine, liess seine Beziehungen spielen und erreichte, dass Selensky Denys Schmyhal zum Ministerpräsidenten ernannte, einen Manager aus Achmetows Firmenimperium.

«Pressefreiheit in der Ukraine»: Vor einem Jahr hatte Selensky drei oppositionelle Nachrichtensender verbieten lassen, ohne jegliche Rechtsgrundlage. Kritische Journalisten lässt er verfolgen, Andersdenkende haben in der Ukraine das Fürchten gelernt. Zum Instrumentarium seines repressiven Vorgehens gehören Gewaltandrohung, Lizenzentzug und Kontensperrungen, darüber hinaus die willkürliche Festnahme.

Unkenntnis oder Verlogenheit

Die von Strack-Zimmermann demonstrierte Unkenntnis – falls es sich nicht nur um simple Verlogenheit handelte, womit die Frau ja nicht alleine wäre – lässt ahnen, wie es den westlichen Eliten und ihrer journalistischen Gefolgschaft möglich war, den Schlimmfinger Selensky binnen Kurzem zur Lichtgestalt zu modulieren: Ddreist lügen, Realität ignorieren.

Wenn Selensky in TV-Sendungen sein schamloses Mantra runterleiert – «Waffen, Waffen, Waffen» und «Geld, Geld, Geld» – dann serviert die Tagesschau im O-Ton. Das Publikum ist längst abgestumpft. Dem vollends angewiderten Zuschauer bleibt nur das Abschalten. Wer hält auch einen TV-«Star» wie Botschafter Andrij Melnyk noch aus? Den liess die Tagesschau in den vergangenen Wochen 131-mal per Meldung und 18-mal in Videoclips seine so unfasslichen, ungestraften Unverschämtheiten vortragen.

Selensky gibt sich siegessicher. Unberührt davon, dass die Russen bereits 20 Prozent seines Staates unter militärischer Kontrolle und zu 100 Prozent die Lufthoheit über die Ukraine haben. Sieben Millionen Menschen, zumeist Frauen und Kinder, sind vor dem Krieg ins Ausland geflüchtet, täglich sterben bis zu 500 Männer den «Heldentod». Selensky aber weiss sich bei seinen Durchhalteparolen einig mit gewissenlosen US-Marionetten wie dem Briten Boris Johnson; er stützt sich darüber hinaus auf Kanzler Scholz, dessen Vize Habeck sowie auf Trampoline Baerbock. Das Credo dieser nicht eben hellsten Glühbirnen im geopolitischen Raum:

«Die Ukraine muss gewinnen.»

Die dumpfe Russophobie liegt vermutlich in der deutschen DNA. Rache für Stalingrad geht vor Nachdenken und Differenzieren? Unsere Volksvertreter können oder wollen aus Ignoranz, Borniertheit oder Hass nicht würdigen, dass die Sowjets friedfertig aus der DDR abgezogen sind, dass Russland sich gegenüber Deutschland stets vertragstreu verhalten und uns nie mit Angriff oder harter Kante bedroht hat. Wenn sich Aggressivität zeigte, dann war sie deutschsprachig. Obwohl es für Moskau ein Leichtes wäre, mit einem Stopp aller Energie- und Rohstofflieferungen den Exportweltmeister Deutschland in den Abgrund zu kippen.

Von Faschisten abhängig

Selensky ist ein Blender. Es geht ihm nicht um sein Land. Die Leiden seiner ukrainischen Bürger rühren ihn offenkundig nicht wirklich, er sieht nur sein Ego:

«Heute ist mein Leben schön. Ich glaube, dass ich gebraucht werde. Ich glaube, das ist der wichtigste Sinn des Lebens – gebraucht zu werden. Zu spüren, dass man nicht nur eine Leere ist, die nur atmet, geht und etwas isst. Du lebst.»

Die ukrainische Wissenschaftlerin Olga Baysha befürchtet, Selensky geniesse die einmalige Gelegenheit, auf einer globalen Bühne aufzutreten, die ihm der Krieg bot:

«Er hat sein Leben schön gemacht; er lebt. Im Gegensatz zu Millionen von Ukrainern, deren Leben überhaupt nicht schön ist, und zu Tausenden von denen, die nicht mehr am Leben sind.»

Selensky hat sich nie rechtsextremistisch geäußert. Tatsächlich aber duldet er, dass nationalistische Ultras, Faschisten und Neonazis den politischen Prozess in der Ukraine kontrollieren und gewaltsam gegen alle vorgehen, die es wagen, sich ihnen und ihrer Kriegstreiberei gegen Russland entgegenzustellen. Mithilfe dieser faschistischen Kreise sichert der Schauspieler seine Macht.

Der Bundesregierung ist das selbstverständlich bekannt. Über den Einfluss der Rechtsextremisten auf die Politik der Ukraine urteilte die staatlich finanzierte «Stiftung Wissenschaft und Politik», SWP:

«Auch wenn rechte und rechtsextreme Parteien bei den Wahlen seit 2014 keine nennenswerten Erfolge erzielen konnten, hat nationalistisches Gedankengut in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Konflikt im Osten (wie auch bei anderen Themen) erheblichen Einfluss. Es gelingt nationalistischen Akteuren immer wieder, die politische Führung zur Anpassung ihrer Politik zu zwingen.»

Angesichts all dessen sind die «standing ovations» im Deutschen Bundestag – für den präsidentialen Komplizen ukrainischer Faschisten! – erst recht nicht mehr zu begreifen.

Präsident und Steuerbetrüger

Die Angaben über Selenskys Privatvermögen schwanken: Sie reichen von 30 Millionen bis 1,4 Milliarden US-Dollar. Nach Angaben der Bundeszentrale für Politische Bildung steht fest: Er war an Offshore-Briefkastenfirmen beteiligt und bezog dafür steuerfrei 41 Millionen Dollar vom Oligarchen Ihor Kolomojskyj. Vor seiner Wahl zum Präsidenten hatte er diese Firmenanteile zwar formell auf Dritte überschreiben lassen, gleichwohl aber weiter Zahlungen aus diesem Vermögen empfangen. Vermittels Tarnfirmen seien in London Luxuswohnungen für mehrere Millionen Dollar gekauft worden, auch eine teure 413-m²-Villa in Italien, die allerdings inzwischen wieder verkauft wurde. Das Wirtschaftsmagazin «Forbes» schätzt Selenskys Vermögen auf rund 30 Millionen Dollar, bestehend aus Aktien, Luxuswohnungen, Grundeigentum, Schmuck und Autos.

Stinkreich, fühlt er sich nun dazu berufen, im Auftrag und Interesse der USA den permanenten Krieg in Europa zu schüren. Er hält es für sein gutes Recht, seinen hiesigen Verbündeten auf der Nase herumzutanzten, Unsummen aus ihren Staatskassen abzugreifen und ihre Repräsentanten nach Belieben vor den Kopf zu stoßen. Als er sich jüngst den Besuch des Bundespräsidenten Steinmeier in Kiew verbat und unserer Silberpappel vom Schlosspark Bellevue die Einreise in die Ukraine sogar verbot, schleimte die Tagesschau nur in typisch miesem Deutsch:

«Die Absage der Ukraine für eine Reise von Bundespräsident Steinmeier nach Kiew hat bei der Bundesregierung Verwunderung ausgelöst. Die Verstimmung in der Ukraine ist offenbar gewaltig.»

Diese Verharmlosung entspricht dem in Westeuropa regierenden Unterdurchschnitt von Scholz über Habeck, Baerbock und Lindner bis v. d. Leyen, die den Selensky wie einen Säulenheiligen behandeln und ihm Opfergaben darbringen (es ist ja nicht ihr eigen Geld, sondern nur das der Steuerzahler). Tagesschau-Meldung:

«Haushaltsdebatte im Bundestag: 50 Milliarden neue Schulden wegen Ukraine-Krieg.»

Kaum jemand regt sich darüber auf. Obwohl damit mehr als erklärlich ist, dass in Deutschland die Preise für Energie und Nahrungsmittel durch die Decke gehen und der konjunkturelle Absturz droht. So wirkt die Meinungsmache hierzulande:

«... grassierende Fremdbestimmung durch Manipulationen und gross angelegte Kampagnen ... Als Ergebnis wäre festzustellen, dass es immerhin, ziemlich scharf getrennt vom gläubigen Publikum, einen verlässlichen Kreis von kritischen, aufgeklärten Mitmenschen gibt. Leider noch eine Minderheit.»

Daraus kann allerdings eine frustrierte und erzürnte Mehrheit werden – wenn die Tagesschau so weitermacht und mit schäbigster journalistischer Konfektion die Bildungs- und Chancenlosen blendet.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=84754>

Berliner Märchenstunde

Erstellt von wimmer. Von Willy Wimmer, 9 Juni 2022

(Anmerkung: Pauschalgenehmigung zur Veröffentlichung dieser Quelle wurde eingeholt)



Man musste schon genau hinsehen und hinhören, bei dem vom Sender «Phönix» übertragenen Auftritt der ehemaligen Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel. Das Hinhören lohnte sich, auch deshalb, weil es bisherige Annahmen geradezu bestätigte. Nach ihren Aussagen auf Fragen eines Fragestellers, der kaum einen Satz geradeaus formulieren konnte, muss der Zuhörer dieser Veranstaltung im «Berliner Ensemble» davon ausgehen, dass sie die letzte Wahlperiode der verhängnisvollen Kanzlerschaft deshalb anstrebte, weil sie die Konsequenzen ihrer Entscheidung zur Schutzlosigkeit der deutschen Staatsgrenzen aus dem September 2015 nicht mit voller Wucht auf sich persönlich zurollen sehen wollte. Nicht auszuschliessen ist, dass dies auch ihre Motivlage dabei ist, der heutigen Ampelkoalition mehr positive Elemente abgewinnen zu können, als dies erträglich sein dürfte. Es ist ein sinnstiftender Zufall, dass fast zeitgleich der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Herr Papier, in Wiesbaden -Presseberichten nach- von einem andauernden Verfassungsbruch in diesem Zusammenhang öffentlich geredet hatte. Das damalige und jetzt offenbare Verhalten der Bundeskanzlerin a. D. wirft ein verheerendes Licht auf das demokratische Rechtsbewusstsein der deutschen politischen Klasse und der Gesellschaft ganz allgemein. Statt sich über demokratische Defizite in anderen Staaten künstlich oder weisungsgemäss zu echauffieren, sollte man in Berlin – und nicht nur da in Deutschland –, im Rechtsverständnis in der Wolle gefärbter Demokraten vor der eigenen Haustüre kehren. Putsch gegen die eigene Verfassung, unterlegt durch einen feierlich geleisteten Amtseid, bleibt eben Putsch.



Im übrigen schien der gesamte Auftritt der ehemaligen Bundeskanzlerin darauf angelegt zu sein, eines sicherzustellen: Dass der russische Präsident Putin den Hörer des Telefons nicht mehr abhebt, wenn man ihm meldet, dass die Dame aus Berlin in der Leitung sein sollte. In der Lage, in der sich Deutschland, Europa und die Welt heute befinden, könnte dieser Umstand sich für die nationalen Interessen Deutschlands als nicht wiedergutzumachender Schaden herausstellen. Es spricht alles dafür, genauer hinzusehen und zuzuhören, was Frau Dr. Merkel in diesem Zusammenhang von sich gegeben hat. Danach gehen die Vereinigten Staaten gegen jeden Verbündeten, der es wagt, eigene Interessen zu verfolgen, mit der politisch maximalen Brachialgewalt vor, die einem Feind der Vereinigten Staaten eigentlich vorbehalten sein dürfte. Wenn man nicht spürt, wird man in den Senkel gestellt. Wer öffentlich bekundet, dergestalt von der politischen Führung der USA so malträtirt worden zu sein, braucht in Moskau nicht mehr anzurufen, wenn er für sogenannte «gute Dienste» dringend benötigt werden sollte. Dabei könnte selbst die jetzige Bundesregierung auf die Idee kommen, die ehemalige Bundeskanzlerin um einen Anruf bei Präsident Putin deshalb zu bitten, weil man in der Vergangenheit Wert selbst darauf gelegt hatte, für eine Gesprächsfähigkeit zwischen beiden Persönlichkeiten zu stehen.

Die Verengung der Sicht auf Präsident Putin zog sich wie der berühmte «rote Faden» durch die gesamten Ausführungen der ehemaligen Bundeskanzlerin. Sie hat die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Russland seit der deutschen Wiedervereinigung so konsequent ausgeblendet, als wäre ihr von den öffentlichen Ankündigungen aus Washington, unterlegt durch die Planungen der NATO gegen Russland, zu keinem Zeitpunkt etwas bekannt gewesen. Wenn seit Jahren öffentlich darüber geredet wurde, Russland aus Europa rauszuschmeissen und dieses Land zu zerschmettern, dann muss man davon ausgehen, dass die Kombination von öffentlichen Aussagen und materieller Unterfütterung in Moskau nicht nur gehört wird. Jeder normale Staat stellt seine eigene Politik auf öffentlich bekundete Feindschaft durch einen anderen Staat ein. Die ehemalige Bundeskanzlerin hat in ihrem Berliner Auftritt alles weggedrückt, was eine auf Weltherrschaft ausgerichtete amerikanische Politik in Beziehung zur Russischen Föderation angerichtet hatte. Das ist dann Märchenstunde und hat mit ernsthafter Politik nichts mehr zu tun. Das gilt dann auch für das Eingeständnis, keinen Beitrag zu einer durchaus möglichen Sicherheitsarchitektur in Europa geleistet zu haben.



Lange Zeit hat man sich etwa darauf zugutegehalten, sich gelegentlich auszutauschen. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister, Herr von Dohnanij und die Frau Bundeskanzlerin a.D. konnten es miteinander. Den Eindruck erweckte man gerne. Von Herrn von Dohnanij stammt der öffentliche Hinweis, dass in den letzten Monaten der Amtszeit der ehemaligen Bundeskanzlerin die Staats- und Regierungschefs der NATO, auf amerikanischen Druck vermutlich, die Aufnahme der Ukraine in die NATO im Frühsommer 2021 beschlossen hatten. In der Diktion von Frau Dr. Merkel hat sie damit selbst den Mechanismus in Gang gesetzt, der zu den Rückeroberungsplänen von Präsident Selensky wegen der Krim, der Aufforderung zur bedingungslosen Kapitulation an Russland durch die putsch-berühmte US-Staatssekretärin, Frau Nuland und den von der OSZE festgestellten Angriff der Ukraine am 16. Februar 2022 auf den Donbass führen sollte. Joe Biden und sein an Präsident Putin gerichtetes «Killer»-Wort werden wohl als gottgegeben hingenommen. Diese Haltung der ehemaligen Bundeskanzlerin hat Auswirkungen bis heute. Dabei lässt allerdings der derzeitige Bundeskanzler Scholz, bei allem, was man sagen kann, durchaus vermuten, dass er noch weiss, was von Konrad Adenauer über Willy Brandt bis Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion und dem heutigen Russland gewesen ist. Bei Olaf Scholz als Bundeskanzler ist Resthoffnung angebracht und deshalb steht er unter amerikanisch orchestriertem Beschuss. Das sollte man sich an jedem Tag bei einer Betrachtung des Gesamtbildes vor Augen halten. Gerade, wenn man die Politik des ukrainischen Präsidenten Selensky Tag um Tag verfolgt. So verrottet ist die Europäische

Union nicht, dass sie die Ukraine als Beitrittskandidat ansehen sollte. Man muss sich das deutsche Regierungspapier aus dem Jahre 2018 über den rechten, ukrainischen Sektor nur durchlesen, um ein Sträuben sämtlicher demokratischer Nackenhaare feststellen zu müssen. Und was macht Präsident Selensky jetzt? Die Summe der noch verfügbaren internationalen Nachrichten macht eines klar. Man muss sich fragen, ob es bis zum Eintreffen der westlichen, schweren Waffen noch ukrainische Verbände geben wird, die diese überhaupt ins Feld führen können. Das ist die eine Sichtweise. Die andere ist von der bangen Frage bestimmt, ob das, was derzeit in der Ukraine auf Weisung von Präsident Selensky geschieht, nur die Aufgabe hat, den Zeitraum bis zum Einsatz westlicher und damit deutscher Bodentruppen in der Ukraine und damit den Krieg gegen Russland zu überbrücken?

Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/berliner-maerchenstunde/>

Eine zweite Agenda/Sanktionen machen Deutschland und Europa mehr zu schaffen als von ihren Erfindern gedacht/Profiteur sind die USA

Erstellt von muenste. Von Hans-Georg Münster, 05 Juni 2022

Es tut sich etwas in Berlin. Abzulesen ist das an, wie ich des nenne, dem Melnyk-Faktor. Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk beherrschte seit Beginn der Auseinandersetzungen in seinem Land die deutschen Medien und die Politik. Melnyk trat morgens im Frühstücksfernsehen auf, mittags hörte man im Radio über Melnyk-Interviews aus Zeitungen und abends sass er in einer Talk-Show. Inzwischen können jedoch vier Tage vergehen, ohne dass der Name Melnyk in der staatsnahen Nachrichtenagentur dpa, die die gesamte deutsche Medienberichterstattung bestimmt, überhaupt auftaucht. In der Haushaltsdebatte des Bundestages brachte CDU/CSU-Oppositionsführer Friedrich Merz die Sache auf den Punkt, indem er Kanzler Olaf Scholz fragte: «Gibt es eine zweite Agenda?»



Ja die gibt es, und Umriss einer zweiten Agenda zeichnen sich bereits ab. Kaum jemandem ist aufgefallen, dass Scholz sich 80 Minuten Zeit nahm, um mit Kremlchef Wladimir Putin zu telefonieren. Als der ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk im Bundestag zu Gast war, war von Scholz nicht zu sehen. Es gab kein Gespräch mit Stefantschuk, nicht einmal einen Fototermin.

In den Redaktionen und Fernsehanstalten werden die feinen Signale aus der Politik inzwischen verstanden. Das funktioniert so: Soll Melnyk zur Talkshow geladen werden, haben prominente Politiker auf einmal keine Zeit und schicken die zweite Garnitur. Aus dem Berliner Auswärtigen Amt schallt allerdings noch die bisher übliche Propaganda. In der Haushaltsdebatte des Bundestages erklärte Aussenministerin Annalena Baerbock (Grüne), notwendig seien ein langer Atem und weitere Waffenlieferungen. «Wir verteidigen die Menschen in der Ukraine so wie wir das können», erklärte Baerbock und verwies auf das von Deutschland zugesagte Flugabwehrsystem Iris-T. Das Iris-T aktuell gar nicht verfügbar ist und frühestens zum Jahresende geliefert werden könnte, sagte Baerbock nicht. Genauso wenig sagte sie, dass es zu wenige Raketen für das System gibt, und sie verschwieg auch, dass es an Munition für die der Ukraine zugesagten Flakpanzer «Gepard» mangelt. Die öffentliche Ankündigung deutscher Waffenlieferungen steht im eklatanten Widerspruch zu ihrer Wirksamkeit auf dem Gefechtsfeld.

Dafür sorgt man sich in der Wirtschaft und offenbar auch im Kanzleramt inzwischen wegen der Auswirkungen der gegen Russland verhängten Sanktionen auf Deutschland. Die Wirtschaft steuert auf eine der schwersten Krisen seit der Ölkrise Anfang der 1970er Jahre zu. Durch die hohe Inflation droht vielen Menschen Armut. Nur preiswerte Energie kann Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit erhalten und vor allem die

Energiewende, das Lieblingsprojekt der rot-grün-gelben Regierung, vor dem Scheitern retten. Öl und Gas gibt es auf dem Weltmarkt genug, aber zu wettbewerbsfähigen Preisen gab es Öl und Gas bisher nur aus Russland. Und diese Quellen wurden sehenden Auges verstopft.

Zu den wirtschaftlichen Problemen gesellt sich das Risiko, dass die EU auseinanderbricht. Es ist ein offenes Geheimnis, dass das sechste Sanktionspaket gegen Russland auch das letzte gewesen sein dürfte, da die Interessen der EU-Länder zu weit auseinanderlaufen. Von einem Gas-Embargo ist schon lange keine Rede mehr, und über den Stopp von russischen Uran-Lieferungen an Frankreich (das dringend darauf angewiesen ist) und mehrere Länder Osteuropas wurde nicht einmal diskutiert. Durch den Einfluss französischer Diplomaten in der EU fiel das Thema Uran einfach unter den Tisch – eine der grössten Meisterleistungen der französischen Diplomatie seit ihrem legendären Aussenminister Talleyrand auf dem Wiener Kongress 1814/15. Der Sanktionsbeschluss aus Brüssel sei «löchrig wie ein Schweizer Käse», kritisierte die Tageszeitung «Die Welt». Russland könnte sich angesichts der Übergangsfristen von acht Monaten neue Abnehmer für sein Öl in Asien suchen und finden. Und bis dahin würden jeden Tag noch 450 Millionen Euro für russische Öllieferungen nach Europa bezahlt.



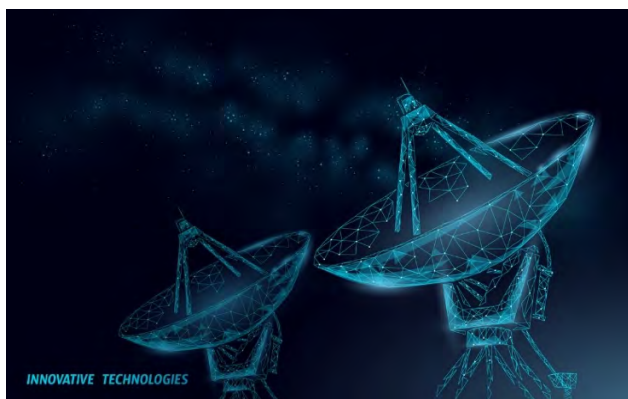
Beim sechsten Sanktionspaket ist den Menschen nicht mehr verständlich zu machen, dass Ungarn und Bulgarien weiterhin russisches Öl beziehen können und griechische und zyprische Schiffe russisches Öl in Drittländer transportieren können, während in Deutschland die Benzinpreise schon allein wegen der Embargo-Ankündigungen explodieren. Griechische und zyprische Reeder beherrschen den Welthandel auf dem Meer. Nur Deutschland musste sich auf Drängen der Niederlande bei den Verhandlungen schriftlich verpflichten, künftig auf Ölimporte über die Druschba-Pipeline zu verzichten. Wenn der CSU-Europapolitiker Manfred Weber behauptet, es sei Putin nicht gelungen Europa zu spalten und dass Putins Geschäftsmodell zu Ende sei, so irrt er.

Die Folgen der Corona-Krise, die steigenden Energiekosten und die schon vor dem Ukraine Konflikt begonnene Inflation haben längst zu einer Spaltung Europas geführt. Die EU ist gelähmt, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen muss wegen ihres mit keinem Land abgestimmten Vorpreschens beim Ölembargo mit Ablösung rechnen oder wird zum Rücktritt gezwungen werden. Die Euro-Währung kommt mit jedem Prozentpunkt Zinserhöhung auf dem internationalen Kapitalmarkt stärker ins Wanken und droht auseinanderzubrechen, weil Italien, Spanien und Frankreich angesichts ihrer Staatsverschuldung keine höheren Zinsen verkraften werden. Bei dem Berg von Problemen, die die Stabilität in Europa gefährden und an das Jahr 1913, das letzte Jahr vor dem Ersten Weltkrieg, erinnern, könnte der Ukraine-Konflikt bald eine Nebenrolle spielen.

Ein wichtiges Signal kam aus dem schweizerischen Davos. Dort trat der 99 Jahre alte ehemalige amerikanische Aussenminister Henry Kissinger auf. Dessen dringender Rat bestand darin, Europas Stabilität nicht wegen ein paar Quadratkilometern im Donbass aufs Spiel zu setzen. Die Ukraine müsse Territorien an Russland abtreten, um einen Frieden möglich zu machen, forderte Kissinger. Ausserdem warnte er vor einer demütigenden Niederlage Russlands, die Europas Stabilität auf lange Zeit gefährden würde.

George Soros, US-amerikanischer Milliardär und eine der zwielichtigen Gestalten unserer Zeit, der den Konflikt um die Ukraine über seine Stiftungen und seinen öffentlichen Einfluss kräftig angeheizt hatte, tobte. Allen Ernstes behauptete er, die einzige Möglichkeit zum Erhalt der Zivilisation sei ein Sieg über Putin, wurde er aus Davos zitiert. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky sah Kissinger im Jahr 1938 angekommen, als die Westmächte Hitler das tschechische Sudetenland überliessen und glaubten, damit den Krieg verhindert zu haben. Doch Selenskys Vergleich ist falsch. 1938 war Europa nicht stabil. Es war schon seit Versailles nicht stabil. Hitler war die Konsequenz aus Versailles und der Hyper-Inflation in Deutschland. 1990 hingegen war nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der deutschen Wiedervereinigung eine stabile Lage in Europa unter Einbeziehung Russlands geschaffen worden, die jedoch von den Vereinigten

Staaten durch die NATO-Osterweiterung und Leuten wie Soros durch einseitige Propaganda in den folgenden Jahrzehnten an mehreren Stellen brüchig geworden ist.



Den Vereinigten Staaten, das muss man offen so sagen, kommt die Situation in Europa entgegen. Der ewige Rivale Russland wird geschwächt, die Europäische Union zerlegt sich, und Deutschland bestellt für 100 Milliarden Euro neue Flugzeuge, Hubschrauber und Waffen überwiegend bei amerikanischen Herstellern. Die deutsche Wirtschaft, bisher scharfer Konkurrent Amerikas auf dem Weltmarkt, ächzt unter den hohen Öl- und Gaspreisen. Parallel dazu kann Amerika den Deutschen überteuertes Schieferöl und Fracking-Gas aus eigener Förderung verkaufen. Die auf diese Fördermethoden spezialisierten US-Öl- und Gasfirmen waren fast alle kurz vor der Pleite; jetzt blüht das Geschäft mit den «Stupid Germans», den dummen Deutschen, wie man in Amerika sagt. Sie können gar nicht schnell genug Schieferöl und Fracking-Gas aus USA ordern, dessen Förderung in Deutschland auf Druck der Grünen aus Umweltschutzgründen strikt verboten ist. Besser kann es aus Sicht der Biden-Administration eigentlich gar nicht mehr laufen.

Doch es liegt etwas in der Luft. Die tschechische Zeitung «Hospodarske Noviny» meinte: «Henry Kissinger sprach laut aus, was die Mehrheit westlicher Politiker hinter vorgehaltener Hand diskutiert.» Auch der französische Präsident Macron will auf Diplomatie setzen. Putin dürfe nicht erniedrigt werden, wird er zitiert. Und wer Scholz genau zuhört, merkt schnell, dass sein Satz «Putin wird nicht gewinnen» nicht mit dem Kriegsgeschrei des grünen Koalitionspartners kompatibel ist. Europa hat noch Chancen auf Stabilität und Frieden. Das geht nur mit und nicht gegen Russland.

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/eine-zweite-agenda-sanktionen-machen-deutschland-und-europa-mehr-zu-schaffen-als-von-ihren-erfindern-gedacht-profiteure-sind-die-usa/>

Völker, sehet die Signale!

Erstellt von wimmer: Von Willy Wimmer, 02 Juni 2022



Demnächst wird es amtlich. Während über dem Portal des Reichstages in Berlin noch die Inschrift: «Dem deutschen Volke» prangt, wird vor dem Reichstag die Fahne der neuen Zeit aufgezogen. Oder ersetzt auf dem Dach eine der dort bisher gezeigten Bundesflaggen. «Schwarz-Rot-Gold», die deutschen Farben seit dem Stauferkaiser Friedrich und das Fanal des bürgerlichen Aufbruchs vom Hambacher Schloss, muss durch Beschluss im Deutschen Bundestag weichen. Die Regenbogenfahne wird demnächst nicht nur vor dem Bundesinnenministerium im Winde verweht werden. Das ganze Deutschland muss die neue Zeit erkennen und deshalb muss jetzt der Reichstag her. Es dürfte dann nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der Kölner Dom oder die Wartburg erhalten müssen. Es ist eben nicht mehr der demokratische, deutsche

Staat, der über seine Nationalfarben die gewünschte Identifikation schafft. Das LGBT-Mustersymbol in Form der Regenbogenfahne kündigt die Zeit der NGO-bestimmten Republik an. Die Berliner Republik hat nichts dagegen, den Übergang zu einer neuen Zeit durch die neuen staatlichen Symbole anzukündigen. Die Herrschaft der im wesentlichen transatlantisch bestimmten NGO's wollte nicht länger auf die prägnanten Symbole verzichten. Die Ampel in Berlin hat ihren ersten Streich vollbracht. Kein Wunder, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, es mit dem Krieg in der Ukraine mit dem ersten NGO-Krieg in der Geschichte zu tun zu haben. Man muss sich nur die ohnehin auf Linie gebrachten Medien und ihre Expertenrunden ansehen. Die NGO's, aus deren Reihen die Damen und Herren die NGO repräsentieren, sind sämtlich auf totalen Krieg gegen Russland und seinen Präsidenten getrimmt. In Deutschland weckt das nicht nur Erinnerungen an die gegen den Kaiser gerichtete Propagandawalze vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg und die alliierte Strategie zwecks Beseitigung eines im Wege stehenden, fortschrittlichen Staates. Die Denkweise und Wortwahl der heutigen Experten in deutschen Medien lässt nicht nur erkennen, welches Kind sie sind und was ihre Auftraggeber von Ihnen erwarten. Die öffentlichen Äusserungen der Bundesausseministerin über Russland und seinen Präsidenten stehen dem nicht nach, was zu den schlimmsten gegen Deutschland gerichteten Exzessen medialer Art zählt. Wo ist die öffentliche und nicht Sphinxhaft vorgetragene Erklärung der Bundesregierung, zu einem baldigen Ende des Blutvergiessens beitragen zu wollen. Warum besteht der öffentliche Eindruck, dass der Bundeskanzler anders tickt als die Bundesausseministerin und der Bundeswirtschaftsminister, die im Stile von «Bonny und Clyde» durch die Kriegsgebiete touren. Wo sind denn die Nachweise, vor Kriegsausbruch den ukrainischen Präsidenten von seinen Provokationen abgehalten zu haben und die Fragen des russischen Präsidenten an die USA beantwortet zu sehen? Das ist Verantwortung und nicht das Füllen eines Kriegsgebietes mit immer mehr Waffen.



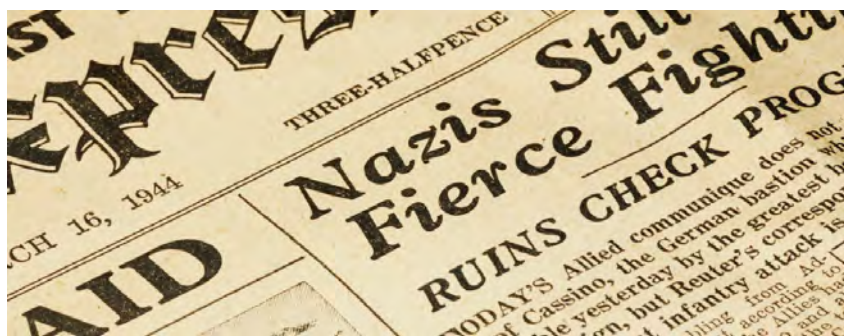
Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/voelker-sehet-die-signale/>

Frieren und hungern für den Endsieg: Diesen NAZI-Sprech kennen wir

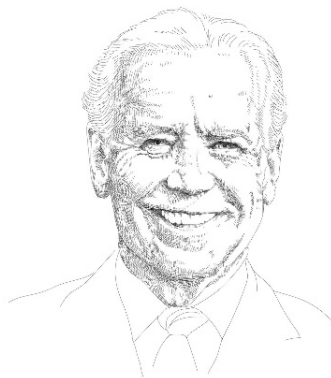
Erstellt von wimmer: 26 Mai 2022

Trump hatte etwas Gutes. Er vermied es, den üblichen amerikanischen Präsidenten-Krieg anzuzetteln. Das sind jene Kriege, die ein Präsident dann exekutieren muss, wenn den amerikanischen Strukturen danach ist und das Washingtoner System die Lage eskalierend für reif hält.



Die von Trump ausgehende Unlust auf einen solchen Krieg führte massgeblich dazu, seine mögliche Wiederwahl unter allen Umständen zu verhindern – Trump wiederum muss seinen Ohren und Augen nicht ge-

traut haben, als er das aus Westeuropa auf ihn gerichtete Trommelfeuer gewahr wurde. Dieses war gegen jeden Ansatz einer auf Verständigung mit Russland gerichteten Politik seitens der Vereinigten Staaten gerichtet. Da hielt man es unter Führung von Frau Dr. Merkel als deutscher Bundeskanzlerin mit denen, denen es lieber war, es mit Präsident Obama zu tun zu haben. Dem war zu Russland nichts anderes eingefallen, als dieses grösste Land der Erde als «Regionalmacht» einzustufen. Offenbar in völliger Unkenntnis darüber, dass ein angemessen von anderen Staaten behandeltes Russland auch ein Massstab dafür ist, in welchem Masse sich die Staaten im amerikanischen Globallager mit einem etwaigen Freiraum gegenüber amerikanischer Dominanz entsprechend eigener Interessen bewegen können. Für Deutschland ist der Massstab dafür das Erdgas-Röhrengeschäft zwischen Bonn und Moskau aus den siebziger Jahren.



Joe Biden lies es krachen, wie man es in der endlosen Kette amerikanischer Kriege von einem aus den Reihen der Demokraten stammenden US-Präsidenten gewohnt ist. Wenn man sich die Reihe der Grossspender für den Milliarden verschlingenden Wahlkampf in den USA ansieht, kann man die Regionen lokalisieren, in denen seither die Kaviardosen leergelöffelt werden. Der Startschuss für die neue und diesmal den ganzen Globus umfassenden Kriegs-Kampagne der USA – ohne Trump – fiel vor einem Jahr, als Präsident Joe Biden in gewohnt diplomatischer US-Vorgehensweise den russischen Präsidenten Putin einen «Killer» nannte und der Rest der Welt das auf das Lebensalter von Präsident Biden zurückführte. Diese Formulierung umfasst seither die gesamte Welt, wie wir seit dem Krieg in der Ukraine und seit einigen Tagen in der bedingten Kriegserklärung von Präsident Biden aus dem schicken Interieur japanischer Teestuben gegen China wegen Taiwan und dem globalen und zeitgleichen Presseaufschlag zur Kriegsankündigung von Präsident Biden wegen der westlichen chinesischen Provinz Singkiang vernehmen kannten. Dadurch wird der Eindruck geschaffen, dass in den USA die Würfel zugunsten eines «Meeres von Blut» auf dem euro-asiatischen Kontinent gefallen sind. Die Kriegs- und Konfliktherde werden auf eine regionale Schnur aufgezogen und in Washington wird der Zünder betätigt. In Washington wird offensichtlich billigend in Kauf genommen, dass sich die Welt ein Urteil darüber bildet, was die USA getrieben hat, vom Krieg in der Ukraine bis nach Taiwan jetzt zu zünden, nachdem noch US-Präsident Trump die Kriege beenden wollte, weil die Heimatbasis im Chaos zu versinken drohte. Soll jetzt der Nuland-Faktor über investiertes Geld Massstab für den Globalkrieg sein? Zünden, so lange es noch geht?

Präsident Biden hat ausreichende Erfahrung darin, den Zündmechanismus zu konstruieren, mit dem Kriege losgetreten werden können. Alleine die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine macht das deutlich.



Noch sind uns die Worte des französischen Präsidenten Macron in den Ohren, nachdem er in Moskau war. Russland habe berechnete Fragen wegen der Sicherheitslage in Europa. Es habe ein Recht darauf, diese Fragen beantwortet zu erhalten. Man muss sich nur den Hochmut von Herrn NATO-Stoltenberg in Erinne-

rung rufen, mit dem das jämmerliche Spiel gegenüber Russland auf Gesprächsverweigerung betrieben worden ist. Oder war der Oktober 2021-Besuch von Frau Nuland in Moskau das, was man sich in Washington unter «Gespräch» vorstellt? Dem Vernehmen und öffentlicher Debatten in Moskau nach ging es bei diesem Besuch um nicht mehr oder weniger als dem amerikanischen Angebot einer «bedingungslosen Kapitulation» an Russland. Seither wird nicht nur Frau Baerbock nicht müde, von einem «nicht-provozierten russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022» zu sprechen. Was ist denn mit den 15'000 toten Menschen, die bei Kämpfen in den Minsk II-Gebieten seit 2014 ums Leben gekommen sind? Was war denn mit dem Aufmarsch der ukrainischen Armee vor Donetsk und Lugansk und dem von dieser Armee am 16. Februar 2022 losgetretenen Trommelfeuer-Angriff auf die Vertragsgebiete von Minsk II? Was hat die Bundesregierung seinerzeit unternommen, den ukrainischen Präsidenten Selensky davon abzuhalten, den offensichtlich auf amerikanisches Betreiben vor einem Jahr gefassten Beschluss umzusetzen, die Krim und die Minsk II-Gebiete mit kriegesischen Mitteln «heim ins Reich» zu holen? Es wird mit Gewissheit seitens der westlichen Kriegsmaschinerie alles unternommen, auf eine Lage nach Beendigung von Kampfhandlungen hinzuwirken, in der keine dieser Fragen mehr gestellt werden können. Dazu werden die Medienkeulen ebenso geschwungen wie die Kampfgruppen der von aussen gesteuerte «Nicht-Regierungsorganisationen» mobilisiert, mittels derer jeder, der sich noch zu äussern wagt, in die «NAZI-Ecke» gesteckt werden kann. Man muss 1937 nicht mehr erklären. Es genügt völlig, auf die heutige Lage in der ehemals öffentlichen Meinung zu verweisen.



Olaf Scholz und Dr. Rolf Mützenich sind gleichsam Musterbeispiele dieser Entwicklung. Wenn Frau Baerbock nicht so krachend gepatzt haben würde, sähe die Bundesregierung heute anders aus. Dann gäbe es weder den Bundeskanzler Olaf Scholz noch sein «politisches Rückgrat» in der Person des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Rolf Mützenich. Es ist eigentlich bewundernswürdig, bei beiden Politikern «Restvernunft» in der schwierigsten Lage seit mehr als einhundert Jahren feststellen zu können. Wenn man sieht, wie wütend die NGO-Repräsentanten gegen beide Sturm laufen, um Deutschland in den Krieg gegen Russland einbeziehen zu können, bleibt einem der Atem weg. Nicht zu vergessen sollte man das regierungsinterne «Jagdkommando», bestehend aus der Dame aus Düsseldorf, dem US-Anschlussfan Hofreiter und einem Genossen, deren Ziel offenbar darin besteht, Olaf Scholz auch in diesen Tagen so sturmreif zu schießen, dass er endlich durch Friedrich Merz ersetzt werden kann.



Willy Wimmer, 26. Mai 2022

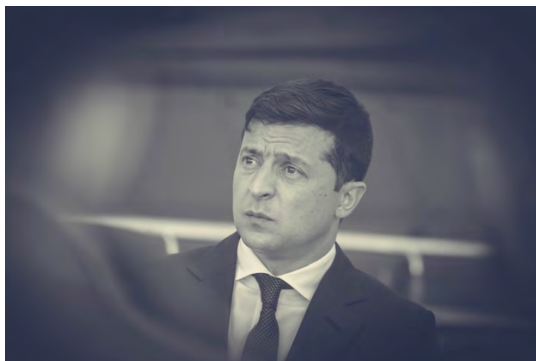
Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/frieren-und-hungern-fuer-den-endsieg-diesen-nazi-sprech-kennen-wir/>

Selensky papers; Krieg in unserer Zeit

Erstellt von wimmer: Von Willy Wimmer, 11 Juni 2022

Es ist in dem Zensur-Wahn der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten ein Wunder, dass die internationalen Nachrichtenkanäle noch funktionieren. Wer entsprechend eingerichtet ist, kann sich von Al Jazeera über BBC bis hin zu France 24 und CNN noch ein Bild vom Kriegsgeschehen in der Ukraine machen. Auch, wenn seit Kriegsbeginn mehr als einhundert Tage vergangen sind, ist eines deshalb im Gedächtnis fest verwurzelt. Der Aufschrei der Welt und in der Ukraine selbst nach Einstellung der Kampfhandlungen ist jedenfalls bei denen ausgeblieben, die zweifellos ein gewichtiges Wort bei einer Durchsetzung dieser Forderung der Humanität haben würden. Stattdessen sind die Äusserungen mit dem Inhalt, die Dinge auskämpfen zu wollen, ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen, inzwischen sprichwörtlich «Legion». Man sollte für diese Beurteilung das Gesamtbild heranziehen können. Das ist bei allen ehernen Verfassungsgrundsätzen wegen des Rechtes, sich in allgemein zugänglichen Nachrichtenquellen informieren zu können, in Deutschland und allgemein im Westen nicht mehr möglich. Nicht nur wegen des medialen Einheitspreis, sondern auch deshalb, weil bei «Feind-Nachrichten» der Zensurknüppel frühzeitig und gut abgesprochen geschwungen werden konnte. Man erfährt das über Moskau, was die Zensurmechanismen im Westen als Meldungen aus Moskau uns glauben machen wollen. Im Zweiten Weltkrieg hörte man im Reich «Radio Beromünster» aus der Schweiz oder «BBC». Es ist wieder soweit, auch wenn die Radio- oder Fernsehstationen mit ungefilterter Information sich noch nicht herumgesprochen haben.



Bei dieser Gesamtlage hat es Wochen gedauert, bis in der deutschen Medienlandschaft und – losgetreten in der Waffen-Reichweitenfrage – das durchschimmerte als treibende Motivation, was der ukrainische Präsident Selensky bereits vor einem Jahr mit präsidentialer Durchschlagskraft dekretierte. Wolfgang Effenberger hat in diesen Tagen nachdrücklich darauf hingewiesen, nicht nur, was die grundlegenden amerikanischen militärischen Planungsdokumente angelangt. Die Rückeroberung der separatistischen Donbas-Gebiete und der Krim – jenseits aller völkerrechtlich verpflichtenden Vereinbarungen wie dem Minsk-Prozess – ist das staatliche Ziel der Ukraine und zwar fast ein Jahr, bevor russische Truppen die ukrainisch-russische Staatsgrenze überschritten. Das war die Zeit, als US-Präsident Joe Biden den russischen Präsidenten Putin vor laufender Kamera einen «Killer» nannte und die amerikanische Staatssekretärin, Frau Nuland, Anfang Oktober 2021 nach allem, was man dazu öffentlich hören konnte, bei einem Besuch in Moskau die russische Regierung zu einer «bedingungslosen Kapitulation» zugunsten der USA aufgefordert hatte. Mit allen, auch und gerade militärischer Mittel, sollte die Ukraine in völkerrechtlicher Hinsicht, wie sie und ihre Hintermänner es verstanden haben, wieder in die Lage versetzt werden, in Übereinstimmung mit dem Wortlaut des NATO-Vertrages, beitragsfähig zu werden. Wegen der in Kiew vertretenen Rechtsauffassung war es dazu zwingend, die Krim und den Donbass «heim ins Reich» zu holen, da Staaten mit regionalen Differenzen und ungeklärten Gebietsverhältnissen eben nicht der NATO beitreten können. Nach dem SPD-Granden Klaus von Dohnanji haben im Frühjahr 2021 die NATO-Staats- und Regierungschefs die Aufnahme der Ukraine in die NATO beschlossen, in kompletter Abkehr von den Bukarester Beschlüssen aus dem Jahr 2008. Bei der – wegen der westlichen Gesprächsverweigerung Moskau gegenüber – dort bekannten Haltung in dieser Frage, glich dieses NATO-Verhalten der Zündung einer «Nuklearwaffe» am Unterleib der Russischen Föderation. Von wegen, Frau Baerbock, «unprovokiertes Verhalten».

Diese westliche Einstellung zur Ukraine in ihrer dienenden Funktion für das eigentliche Ziel, Russland als europäischen Faktor zu beseitigen und im Vergleich zu den USA wirklich zu «Obamas Regionalmacht» zu machen, bestimmt seither die Welt. Der ukrainische Präsident Selensky und zunehmend die deutsche «Pranger-Presse» machen bei der Frage nach den ukrainischen Kriegszielen deutlich, dass es nicht darum geht, die russischen Streitkräfte auf die Frontlinien zurückzudrängen, wie sie vor dem Überschreiten der gemeinsamen Staatsgrenzen gegeben war. Unbeschadet der tatsächlichen, militärischen Möglichkeiten der Ukraine soll das Selenskiy paper von vor einem Jahr umgesetzt werden. Die Krim und der Donbass müssen heimgeholt werden, auch wenn das den grossen Krieg mit Russland bedeutet, einen Krieg, in den wir alle

dann verwickelt sein werden. Hat die Regierung Merkel vor allen gemeinsamen Beschlüssen aus dem Vorjahr in der NATO, sich mit diesem kriegsgeilen Verhalten einverstanden erklärt? Den europäischen und globalen Krieg gegen das Land, dem man nach Ansicht des französischen Präsidenten Macron in substantiellen Fragen das gebotene Gespräch seitens des Westens verweigert hat? Das Deutschland nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges den Weg zur nationalen Einheit ermöglicht hatte? Das bei zwei Weltkriegen der zuverlässigste deutsche Handelspartner aller Zeiten war und hoffentlich wieder sein wird, trotz der Harakiri-Politik des deutschen Ministers Habeck?

Man kann aus dem russischen Vorgehen in der Ukraine bestimmte Dinge geradezu ableiten. Das militärische Vorgehen Russlands im Donbass und bis vor Odessa entspricht beinahe spiegelbildlich den NATO-Aspirationen seit dem Frühjahr 2021 und der amerikanischen Politik mit der Ukraine als Mittel zum Zweck in der geopolitischen Auseinandersetzung mit Russland. Russland macht durch seine derzeitigen militärischen Erfolge es unmöglich für die Ukraine und die Koalition der Genötigten, den Donabss und die Krim zurückzuholen, weil Moskau sich von Charkiv bis vor Odessa gleichsam mit einem zusätzlichen Puffer versieht, was russisch kontrolliertes Gebiet anbetrifft. Von einem Jahrhundertkrieg abgesehen, dürfte es der Ukraine unmöglich sein, das Selensky-Dekret von vor einem Jahr unter diesen Umständen umzusetzen, auch nicht mit Hilfe des Westens. Das hätte zur Folge, dass im Sinne des Wortlautes des NATO-Vertrages nicht nur die Hindernisse für einen NATO-Beitritt der Ukraine bestehen bleiben würden. Sie wären erheblich verschärft worden. An einen NATO-Beitritt der Ukraine wäre bis zum St. Nimmerleins-Tag nicht zu denken. Es sein denn der gesamte Westen und die Ukraine erkennen eine neue Frontlinie zwischen der russischen Armee und den ukrainischen Verbänden in Donbass und bis Odessa als völkerrechtlich verbindliche Grenze zwischen diesen Gebieten und der Ukraine an. Soweit muss heute gedacht werden, wenn man sich das ansieht, zu dem der ukrainische Präsident Selensky den Startschuss, ermuntert von Präsident Joe Biden, gegeben hatte. In der Öffentlichkeit wird eine sinnvolle Alternative erörtert, bei der der Dauerkrieg im Donbass und entlang der Schwarzmeerküste erhalten bleiben dürfte. Polen scheint willens zu sein, den Anschluss der Westukraine an Polen – unter Aufhebung der Nachkriegsvereinbarungen auch über die Oder-Neisse-Gebiete und damit deutsches Kernland-betreiben zu wollen. Ziel dürfte es dabei auch sein, nach dem völlig anders gelagerten Beispiel nach der deutschen Wiedervereinigung die verbliebenen ukrainischen Gebiete klammheimlich der NATO anzugliedern. Pandora lässt grüssen bei diesen polnischen Gewaltträumen.

Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/selenskiy-papers-krieg-in-unserer-zeit/>

(Anmerkung: Pauschalgenehmigung dieser Quelle wurde eingeholt)

Wie Brüssel versucht, unsere Demokratie zu ruinieren

uncut-news.ch, Juni 15, 2022

Die Institutionen der Europäischen Union eignen sich immer mehr Macht an, die ihnen niemand gegeben hat und über die sie niemandem Rechenschaft ablegen müssen. Dies sagte Tom Vandendriessche (Vlaams Belang) kürzlich im Europäischen Parlament.

«Die Europäische Kommission wurde ursprünglich als ein Kollegium von Beamten gegründet, um das umzusetzen, was die Mitgliedstaaten vereinbaren, aber sie verhält sich zunehmend wie eine Art europäische Regierung, die den Mitgliedstaaten die Politik diktieren will. Die Bürgerinnen und Bürger fragen vor allem: Wer sind diese Leute, die von niemandem gewählt wurden? Technokratie ist das Gegenteil von Demokratie», so Vandendriessche.

«Der Europäische Gerichtshof wurde ursprünglich gegründet, um die Anwendung der europäischen Verträge zu beurteilen. Durch eine weite und aktivistische Auslegung der Verträge stellt sich der Gerichtshof in Bereichen, für die er gar nicht zuständig ist, über die Verfassungen der Mitgliedstaaten. Sie gibt sich die Befugnis, die interne Organisation der Mitgliedstaaten zu beurteilen, politische Entscheidungen zu treffen und sogar Gesetze neu zu verfassen, gegen die kein Rechtsmittel möglich ist. Auch da fragen sich die Bürger, wer diese weltfremden Richter sind, die von niemandem gewählt wurden. Die Juristokratie ist das Gegenteil von Demokratie», fügte er hinzu.

«Die Kommission und der Gerichtshof verschwören sich dann, um den Mitgliedstaaten, die sich ihrer liberalen Scharia nicht beugen wollen, das Wahlrecht zu entziehen und sie finanziell zu erpressen, indem sie Milliarden aus dem Corona-Reparaturfonds zurückhalten. Es ist nun klar, dass es nie um Covid ging, son-

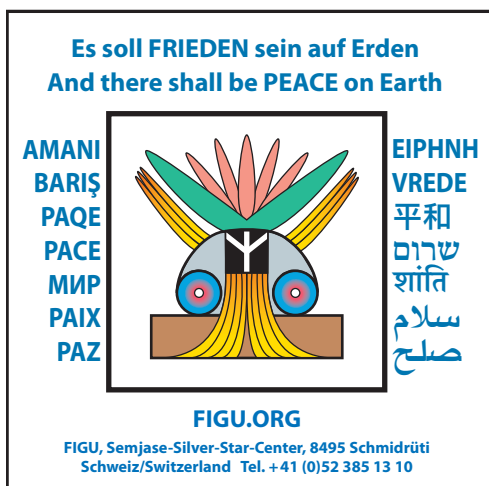
dern um Macht und Kontrolle. Dieser Machtverzicht wird dann als Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates verkauft. Heuchlerischer geht es wirklich nicht mehr», betonte Vandendriessche.

«Der Rechtsstaat kann nur demokratisch sein, wenn er die Souveränität des Volkes und damit die Demokratie achtet. Die Organisation und die politischen Entscheidungen der Staaten sollten nicht von Richtern und Beamten der Europäischen Union, sondern von den Nationalstaaten selbst bestimmt werden. Schliesslich sind sie von ihren Völkern demokratisch legitimiert, die Europäische Union nicht», so Vandendriessche. «Die Europäische Union ist völlig entgleist und hat sich in etwas verwandelt, für das wir nie gestimmt haben. Die Briten haben ihre Konsequenzen gezogen und sind die ersten, die ausgetreten sind. Wenn wir so weitermachen, werden es aber sicher nicht die letzten sein», schloss er.



QUELLE: KIKJ: HOE BRUSSEL OOK ONZE DEMOCRATIE PROBEERT TE RUÏNEREN – 'GLASHELDER BETOOG'
 Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-bruessel-versucht-unsere-demokratie-zu-ruinieren/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

10.– in einem Couvert senden

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2022

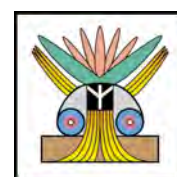
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO

wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz